

**Vormittagssitzung vom 8. März 1966****Séance du 8 mars 1966, matin**

Vorsitz – Présidence: M. Graber

**9287. Auslandschweizer. Verfassungsartikel  
Suissses à l'étranger. Article constitutionnel**Botschaft und Beschlussentwurf vom 2. Juli 1965  
(BBI II, 385)

Message et projet d'arrêté du 2 juillet 1965 (FF II, 401)

Beschluss des Ständerates vom 7. Dezember 1965  
Décision du Conseil des Etats du 7 décembre 1965**Antrag der Kommission**

Eintreten.

**Proposition de la commission**

Passer à la discussion des articles.

*Berichterstattung – Rapports généraux*

**Herzog, Berichterstatter:** Ich könnte mich eigentlich bei der Begründung des Antrages für die Einverleibung eines neuen Verfassungsartikels 45 bis in unsere Verfassung sehr kurz halten. Die Vorlage ist eigentlich kann man sagen selbstverständlich und beschlägt ein Gebiet, das seit langem zur Diskussion steht; sie ist so eindeutig in ihrer Konzeption, dass man ohne viele Worte einfach Sie bitten könnte, den Anträgen des Bundesrates und der Kommission zuzustimmen. Die Sachlage ist aber so, dass mit der Einverleibung dieses Artikels 45 bis in unsere Verfassung – man kann sagen – ein Stück neuer Geschichte, die immerhin seit Jahren diskutiert wird, nun auch ein Stück unserer Verfassung werden soll. Und darum scheint es uns doch notwendig, dass wir hier im Ratssaal noch einige Worte hiezu sagen sollen.

Der Bundesrat beantragt mit der Botschaft vom 2. Juli 1965, der Bundesverfassung den erwähnten Artikel 45 bis beizufügen, der die Beziehungen der Schweizer im Ausland unter sich und zur Heimat in verschiedener Hinsicht regelt und umschreibt. Damit wird einem längst gehegten Wunsch der Schweizer im Ausland und ihrer Organisationen Rechnung getragen, man kann sagen, vielleicht nicht in vollem Umfange, aber doch in einer Weise, die weitgehendes Verständnis für unsere Schweizerbürger im Ausland bedeutet. Mit dem vorgeschlagenen Verfassungsartikel wird eine Bestimmung in die Verfassung aufgenommen, die im besondern auf die spezielle Lage der im Ausland lebenden Schweizer-Bürger und -Bürgerinnen Rücksicht nimmt.

Unser Parlament hat sich wiederholt mit dem bestmöglichen Schutz der Schweizer im Ausland, der Regelung ihrer Rechte und Pflichten, der Ermöglichung der Ausübung ihrer politischen Rechte, der Erfüllung ihrer Wehrpflicht und dem Erlass von Bestimmungen, welche die Unterstützungsfrage umschreiben, beschäftigt. In der Botschaft vom 2. Juli 1965 wird in ausführlicher Weise auf die erfolgten Vorstösse hier im Parlament hingewiesen. Es sei nur auf einige wenige aus der neuesten Zeitepoche hingewiesen. Einmal sei erwähnt das Postulat des Ständerates vom 14. Dezember 1949. In diesem Postulat wird der Bundesrat eingeladen, einen Bericht vorzulegen über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Schweizer

im Ausland an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können. Der Nationalrat hat am 19. September 1951 ein gleiches Postulat angenommen. Es sei auch auf zwei Vorstösse unseres Kollegen Vontobel hingewiesen: eine Motion vom 23. Dezember 1953 und ein Postulat vom 1. Oktober 1954, ferner noch ein Postulat des Nationalrates vom 3. März 1945. In der erwähnten Motion unseres Kollegen Vontobel wird festgestellt, dass eine beschleunigte Vorarbeit zu einem Verfassungsartikel über die Auslandschweizer notwendig sei. Das Postulat des Nationalrates bewegte sich in ähnlichen Bahnen.

Auch die Auslandorganisationen und vor allen Dingen die Auslandschweizertagungen haben seit langem und in den letzten Jahren wiederholt Begehren in der Richtung des vorliegenden Verfassungsartikels gestellt. Die Frage der Stellung unserer Bürger im Ausland sei eingehend zu prüfen. Wer die Botschaft aufmerksam liest, wird mit mir einverstanden sein, wenn ich sage: Sie ist nicht nur sehr sorgfältig, der Sache, die sie behandelt, in gerecht werdender Weise abgefasst. Ich glaube, man darf sagen: Sie beinhaltet ein Stück Schweizergeschichte. Wir dürfen dem Bundesrat dankbar sein, dass er die wichtige Frage der Stellung unserer Bürger im Ausland so weitgehend, wohlwollend und positiv in der vorliegenden Botschaft behandelt. Es ist nicht einfach, eine allseits befriedigende Formulierung dieses Zusatzes zu unserer Verfassung zu finden. Es sollen ja unsere Mitbürger im Ausland angesprochen werden. Unsere Verfassung kennt eine ähnliche Bestimmung nicht, da sie sich naturgemäss mit dem Inland beschäftigt. Durch die neue Bestimmung werden gemäss der Mitteilung in der Botschaft zirka 280 000 im Ausland lebende Schweizer der Heimat weiterhin eng verbunden bleiben können.

Die Botschaft gibt auch eingehend Aufschluss in wie mannigfaltiger Weise die Auslandschweizer selbst auf verschiedensten Gebieten ausserhalb ihrer beruflichen Beanspruchung sich bewegen. Es sind nicht nur die politischen Rechte, die Wehrpflicht, der diplomatische Schutz, die kulturellen, sportlichen und Bildungsfragen zu umschreiben. Oft handelt es sich auch um Fragen der Fürsorge und vieles anderes. Wir müssen uns bewusst sein, dass sich nicht jeder Schweizer im Ausland in besonders guter wirtschaftlicher Position befindet.

Wir haben in unserer Verfassung bis anhin keine Bestimmung, die die Beziehungen der Auslandschweizer zu ihrer Heimat regelt. Wir haben einige Bestimmungen, die auf die Auslandschweizer angewendet werden, so zum Beispiel der Artikel 18 in der Bundesverfassung betreffend die Wehrpflicht. Wir haben aber auch einige Bestimmungen, die von Auslandschweizern in Anspruch genommen werden oder die ihnen zugute kommen, so zum Beispiel der Artikel 34 quater betreffend die Altersversicherung. Aber eine eigentliche Verfassungsbestimmung, die in umfassender, grundlegender Weise unsere Beziehungen zu den Schweizern im Ausland regelt, haben wir bis anhin nicht. Wie weit unsere Sozialversicherung auch bei den Auslandschweizern verankert ist, geht daraus hervor, dass am 31. Dezember 1964 26 550 Personen freiwillig bei der AHV versichert waren und die Zahl der Rentenbezüger sich auf 27 000 belief. Im Jahre 1964 haben diese freiwillig Versicherten 7 Millionen Franken an Beiträgen bezahlt. Der neue Verfassungsartikel will vieles, das schon besteht, weiter fördern und über Neues im Zusammenhang mit den Interessen der Auslandschweizer legiferieren.

Die Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft hat sich grundsätzlich mit dem vorgeschlagenen Weg der Verfassungsrevision einverstanden

erklärt. Ihr Text wich etwas von dem Vorschlag des Bundesrates und demjenigen Ihrer Kommission ab. Sie finden den Vorschlag der Neuen Helvetischen Gesellschaft in der Botschaft des Bundesrates. In der Kommission selbst wurden verschiedene weitergehende Anträge gestellt, die aber abgelehnt oder zurückgezogen wurden, soweit die Kommission nicht einzelnen von ihnen zugestimmt hat. Keiner dieser abgelehnten Anträge wurde nun, bis anhin wenigstens, neu aufgenommen, so dass wir eigentlich nur über die Vorlage zu entscheiden haben, wie sie von der Kommission unterbreitet wird. Unser Vorschlag weicht auch etwas ab vom Beschluss des Ständerates, und zwar in einem Punkt, der innerhalb der Kommission zu eingehender Diskussion Anlass gab, einesteils im Hinblick auf den französischen Text, andererseits in bezug auf die Bezeichnung überhaupt: Handelt es sich um Beziehungen der Schweizer im Ausland unter sich und zur Heimat, wie der Bundesrat vorschlägt, oder handelt es sich um Beziehungen der Auslandschweizer unter sich und zur Heimat? Sie sehen, auf den ersten Blick ist das eigentlich ein Streit um Worte, aber es schien der Kommission, dass dem nicht so sei, sondern dass in der Umschreibung sehr reale Unterschiede bestehen. Immerhin darf ich sagen, dass man sich dann im Verlauf einer eingehenden Diskussion gefunden hat, indem man den Ausdruck «Beziehungen der Auslandschweizer unter sich und zur Heimat» gefunden hat. Die Kommission schlägt Ihnen also vor, im Gegensatz zum Bundesrat und zum Ständerat zu sagen: «Der Bund ist befugt, die Beziehungen der Auslandschweizer unter sich und zur Heimat zu fördern», und im übrigen den Artikel 1 abzufassen und zu beschliessen, wie ihn der Bundesrat und der Ständerat uns vorgeschlagen haben. Eine Änderung würde dann auch notwendig im Absatz 2 der Vorlage, weil auch dort die Bezeichnung «Auslandschweizer» anstelle von «Schweizer im Ausland» zu setzen wäre. Dann ist noch die Bestimmung, die sagt, «die Kantone sind vorgängig anzuhören». Auch hiezu hatten wir einen Antrag, der dann zurückgezogen wurde. Wir schlagen Ihnen vor, zu sagen: «Vor dem Erlass der Bestimmungen, wie sie im Absatz 2 umschrieben sind, sind die Kantone anzuhören». Mir scheint es notwendig, nicht nur zu sagen: «Die Kantone sind vorgängig anzuhören», sondern ausdrücklich zu sagen: «Vor dem Erlass dieser Bestimmungen sind die Kantone anzuhören». Nach Bereinigung dieses Artikels 45 bis und nachdem, wie ich bereits erwähnt habe, teilweise die Abänderungsanträge abgelehnt, zum grösseren Teil zurückgezogen wurden, hat dann die Kommission dem neuen, Ihnen nun unterbreiteten Artikel 45 bis, der in wenigen Punkten vom Beschluss des Ständerates abweicht, einstimmig zugestimmt. Noch dieser Tage haben wir vom Zentralkomitee des Schweizervereins in Paris ein Schreiben erhalten, in dem am Schlusse steht: «Wir wenden uns an alle Volkvertreter, welche in Bern die Wortführer unseres Heimatlandes sind, um sie zu bitten, dem neuen Verfassungsartikel ihre Stimme zu geben, und alles zu unternehmen, um unsere Mitbürger von der Wichtigkeit zu überzeugen, die für die Auslandschweizerkolonien das Ergebnis der Volksabstimmung hat. Die Schweizer von Paris geben Ihnen ihr Vertrauen».

Verehrte Kollegen, Sie wissen, dass dieser neue Artikel 45 bis dem Volke zur Zustimmung oder Ablehnung unterbreitet werden muss. Wir hoffen mit unseren Auslandschweizern und ihren Organisationen, dass vorerst einmal Sie, verehrte Kollegen, diesem neuen Artikel 45 bis entsprechend dem einstimmigen Kommissionsbeschluss zustimmen und dass nachher auch das Schweizervolk, wenn es zur Abstimmung aufgerufen sein wird, dies tun wird.

M. Reverdin, rapporteur: La revision constitutionnelle à laquelle nous procédons ne correspond pas à une nécessité juridique évidente: la Confédération n'a pas attendu le futur article 45 bis de la Constitution pour se sentir non seulement «autorisée à renforcer les liens qui unissent les Suisses résidant à l'étranger entre eux et avec la patrie» – je reprends le texte même du projet que vous avez sous les yeux – mais moralement obligée de le faire.

Si vous faites appel à vos souvenirs, vous verrez que, ces dernières années, nous avons à de très nombreuses reprises légiféré en faveur de ce que l'on est convenu d'appeler la cinquième Suisse:

Les Suisses de l'étranger ont été mis au bénéfice de l'AVS, puis de l'assurance invalidité. Des indemnités ont été versées à ceux qui, ayant subi des dommages de guerre, se trouvaient dans le besoin et ne pouvaient, sans qu'il y allât de leur faute, rétablir par leurs propres moyens la situation qu'ils avaient auparavant. La garantie fédérale a été accordée au Fonds de solidarité créé sous les auspices de la commission des Suisses à l'étranger de la Nouvelle Société Helvétique. Les écoles suisses à l'étranger bénéficient d'une aide substantielle. Lors de la revision de la loi sur la nationalité, des dispositions ont été édictées qui ont permis à plus de 30 000 femmes, suisses de naissance, mariées à l'étranger avec des étrangers, de recouvrer leur nationalité suisse. Enfin, depuis plus de 25 ans, la Confédération s'est estimée «autorisée à soutenir» le secrétariat des Suisses à l'étranger de la Nouvelle Société Helvétique, auquel elle donne plus de 40% des moyens dont il a besoin pour accomplir sa tâche.

On peut dès lors se demander à quels motifs correspond l'introduction d'un article sur les Suisses résidant à l'étranger dans la Constitution fédérale.

La réponse est simple: au premier chef, à des motifs psychologiques et moraux. La situation est un peu la même qu'en 1938, lorsque les Chambres, puis le peuple suisse, ont consacré par une disposition constitutionnelle ce fait évident que le romanche était une langue nationale.

L'initiative, cette fois-ci, est venue des Suisses à l'étranger eux-mêmes et de la commission créée en 1916 par la Nouvelle Société Helvétique pour établir un lieu organique et permanent entre eux et la patrie. De longues études, auxquelles ont été associées d'éminents juristes, ont été entreprises sous les auspices de cette commission. Elles ont éveillé un grand intérêt dans nos colonies, qui tiennent beaucoup à la reconnaissance formelle, dans la Constitution, des droits et des devoirs qu'eux-mêmes et la Confédération ont les uns envers les autres. Plusieurs sociétés suisses de l'étranger ont activement coopéré à l'élaboration de l'article 45 bis, présenté des projets, des contreprojets, des amendements.

Le département politique fédéral, puis le Conseil fédéral sont entrés dans les vues de nos compatriotes. Ils ont accepté, dans son principe, le projet d'article constitutionnel qui leur était proposé, mais ils l'ont malheureusement, à mon avis, affadi et transcrit en un prudent jargon administratif. Au lieu de dire clairement que «la Confédération renforce les liens des Suisses à l'étranger entre eux et avec la patrie», ce qu'elle fait sans désespérer depuis un quart de siècle, et même davantage, ils ont préféré dire timidement qu'elle est «autorisée» à le faire. La crainte d'une disposition impérative l'a emporté pour des raisons qui, personnellement, ne m'ont pas convaincu, et qui n'ont pas convaincu non plus beaucoup de nos compatriotes de l'étranger. Mais cela n'a guère d'importance pratique – la question est esthétique et psychologique; comme le Con-

seil des Etats a déjà accepté le texte dans la version du Conseil fédéral, et que votre commission vous propose d'en faire autant, il n'y a plus qu'à se résigner – ce que, personnellement, je ne fais pas sans certains regrets. Mais qu'importe: ce qui est demandé, c'est une manifestation de solidarité. La cinquième Suisse fait partie intégrante de la Suisse. Elle l'a constamment prouvé. La distance n'enlève rien à la faveur des sentiments patriotiques. Au contraire, souvent le Suisse de l'étranger porte en lui une image hautement idéalisée de la patrie, et il se préoccupe constamment, dans son pays de résidence, de faire honneur au nom Suisse. Les institutions créées par nos compatriotes dans le monde entier, leurs sociétés de bienfaisance, leurs clubs, leurs écoles, leurs églises, les manifestations qu'ils organisent, l'enthousiasme avec lequel ils célèbrent sous toutes les latitudes, dans tous les climats, le 1<sup>er</sup> août, sont autant d'émouvants témoignages qu'ils rendent à leur lointaine patrie, et ces témoignages impressionnent les étrangers parmi lesquels ils vivent. Ils sont fiers de leur pays; le pays peut être fier d'eux.

Il est naturel que, se sentant si étroitement liés à la patrie, il souffrent de ce qui les distingue juridiquement de leurs concitoyens résidant en Suisse. Vous l'avez bien vu lorsque nous avons légiféré sur l'acquisition de biens-fonds par des personnes domiciliées à l'étranger. Les décisions que nous avons prises ont été ressenties comme une injustice, comme un affront par beaucoup de nos concitoyens de la cinquième Suisse – et c'était là une preuve de ce que l'intimité de leurs liens avec la patrie était froissée: on ne saurait que se réjouir de pareille sensibilité.

Une des choses que regrettent beaucoup de nos concitoyens de l'étranger, c'est de ne pouvoir exercer leurs droits politiques. C'est un fait que nous ne les avons pas dispensés de leurs obligations militaires, mais que nous les privons de l'exercice de leurs droits politiques sous prétexte qu'ils ne résident pas en Suisse.

L'article 45bis permettra d'examiner à nouveau le problème de l'exercice des droits politiques et, qui sait, de lui donner une solution conforme aux vœux de nos compatriotes de l'étranger. Il permettra de développer la législation en leur faveur, de la préciser. Et, surtout, son adoption, qu'on souhaite massive, par le peuple et les cantons, sera une démonstration de sympathie agissante et de solidarité envers les 275 000 citoyens suisses immatriculés dans nos consulats, nos ambassades des cinq continents et envers ceux qui, en raison de circonstances souvent contraignantes, sont doubles nationaux et ne sont même pas immatriculés, mais qui n'en sont pas moins Suisses de cœur.

Au nom de la commission unanime, je vous demande donc d'approuver le texte qui vous est proposé, avec les modifications de forme qu'il contient. Pour le texte français, c'est essentiellement la substitution de l'expression «Suisse résidant à l'étranger» à l'expression «Suisse à l'étranger» qui n'est guère satisfaisante du point de vue du style, et une modification de la rédaction de la dernière phrase, qui concerne la consultation des cantons.

Je ne voudrais pas terminer ce rapport, surtout après les critiques que j'ai présentées, à titre personnel, sur la forme donnée à l'arrêté sans féliciter l'administration pour la qualité du message qu'elle a rédigé à notre intention, message dont les 68 pages, d'un intérêt constant, sont le meilleur résumé que je connaisse de l'histoire des Suisses à l'étranger, de leurs institutions et des mesures qui ont été prises jusqu'ici pour resserrer les liens entre eux et la patrie.

### *Allgemeine Beratung – Discussion générale*

M. Boffa: Personne ne s'étonnera qu'un Tessinois prenne part à ce débat d'entrée en matière pour appuyer le projet d'article constitutionnel soumis à nos délibérations. Le Tessin est en effet un pays où l'émigration, à travers une grande variété de traditions et de formes, a toujours joué un rôle exceptionnellement important. Les «maestri comacini» du Moyen Age et de la Renaissance, les maîtres du baroque, se sont répandus dans les quatre coins de l'Europe: de l'Espagne et de l'Italie à la Russie, de la Turquie à l'Allemagne, en accomplissant une œuvre gigantesque et en liant leurs noms aux grandes merveilles de l'art. Au cours du siècle passé et jusqu'à nos jours, une foule de travailleurs anonymes ont fécondé de leur activité les pays étrangers: l'Australie, l'Argentine, la Californie, pour ne mentionner que les plus lointains, les ont vus œuvrer dans les occupations les plus diverses, des plus humbles aux plus élevées. Aujourd'hui encore, des dizaines de milliers de Tessinois disséminés dans le vaste monde contribuent à répandre le nom de la Suisse parmi les peuples, en l'entourant de respect. Jamais ils n'oublient leur pays natal, où bon nombre d'entre eux retournent pour y passer les dernières années de leur vie; mais même lorsque tel n'est pas le cas, les liens qui les unissent à leur patrie d'origine restent étroits, empreints d'un sentiment d'inébranlable solidarité. Sachant ce que nous leur devons, nous saluons avec joie les mesures envisagées par le projet d'article constitutionnel qui nous est proposé. Elles représentent non seulement un acte de justice, mais répondent à une nécessité politique.

Qu'il me soit toutefois permis, toujours en tant que Tessinois, de m'arrêter brièvement à un point particulier du projet, qui soulève en moi quelques doutes quant à ses possibilités d'application. Je fais allusion aux droits politiques qui seront octroyés à nos concitoyens résidant à l'étranger. On ne me dira certes pas qu'une discussion à ce sujet est prématurée, puisque le message du Conseil fédéral tend à définir les termes des solutions possibles.

Le Tessin a une longue expérience en ce qui concerne le droit de vote des ressortissants domiciliés en dehors des frontières nationales. C'est en effet en 1893 que la Constitution leur a donné le droit de participer aux votations et aux élections cantonales et communales, pourvu qu'ils soient inscrits au «Registro dei fuochi» (registre des ménages) d'une commune tessinoise. L'adoption de cette disposition avait été précédée de troubles qui avaient même provoqué une intervention fédérale et la garantie fédérale n'avait été concédée par les Chambres qu'à une faible majorité. Deux points de vue s'étaient affrontés: d'une part celui qui répondait à une interprétation stricte des prescriptions (art. 4 et 43) de la Constitution fédérale et, de ce fait, estimait inadmissible la création d'un domicile électoral fictif en lieu et place du domicile relevant du séjour dans un lieu déterminé avec l'intention d'y séjourner durablement; d'autre part, le point de vue de nature historique et politique renforcé par la thèse juridique selon laquelle le droit fédéral ne pose pas, pour l'exercice des droits politiques, les mêmes exigences pour les affaires cantonales et pour les fédérales. Aujourd'hui, après bientôt trois quarts de siècle, nous pouvons tirer quelques conclusions de cette expérience. Elle a suscité des sentiments mélangés, si bien qu'en 1946, le Grand Conseil tessinois, à une très grande majorité, avait décidé de proposer au peuple de biffer la disposition constitutionnelle, mais le peuple, avec une participation aux urnes du 28% – indice d'une indifférence manifeste – en décida le maintien par 6853

voix contre 6444. Les griefs que l'on oppose à l'octroi du droit de vote aux ressortissants domiciliés à l'étranger sont importants. Les registres des familles avec inscription des personnes qui y appartiennent ne peuvent être tenus à jour; quand une famille est éteinte dans la commune, on ne sait plus bien où ses descendants à l'étranger peuvent exercer leur droit de vote; le vote des Tessinois domiciliés à l'étranger sert à la spéculation des partis politiques qui organisent des trains électoraux; les citoyens établis à l'étranger ne sont pas au courant des affaires du pays, ils ne connaissent ni les personnes ni les problèmes sur lesquels ils sont appelés à se prononcer. Mais, surtout, la Constitution crée dans la pratique une inégalité de traitement, puisque seuls les Tessinois domiciliés à proximité de la frontière sont à même d'exercer leurs droits civiques. En définitive, il est vivement à déconseiller d'étendre à toute la Confédération le système en vigueur au Tessin.

C'est pourtant à juste titre que le message du Conseil fédéral esquisse, quant au vote des Suisses à l'étranger, une solution restrictive. En effet, il envisage de le reconnaître seulement lors de l'accomplissement de périodes de service militaire et en faveur des Suisses «lors de séjours qu'ils font en Suisse en qualité de frontaliers». Toutefois, si aucune objection raisonnable ne peut être présentée pour ce qui concerne la première catégorie, des doutes sont permis pour ce qui concerne la seconde. La rédaction du message du Conseil fédéral est déjà équivoque: j'aimerais bien qu'on m'explique ce qu'on entend par «les Suisses qui séjournent dans leur pays d'origine en qualité de frontaliers». Je ne pense pas qu'il puisse s'agir de nos compatriotes qui sont domiciliés à l'étranger dans un certain rayon territorial voisin de la frontière, mais bel et bien de ceux qui sont rentrés au pays pour y séjourner quelque temps. Mais dans ce cas, il est bien évident que des abus peuvent se produire, si l'on n'a pas la prudence d'édicter des règles strictes. Pour mon compte, j'en vois deux qui me semblent essentielles. Pour l'octroi des droits civiques, il faudra poser comme condition en premier lieu un séjour préalable d'une certaine durée, par exemple 20 à 30 jours avant la votation ou l'élection. Autrement, il est évident que nous verrons se ruier aux urnes des Suisses qui rentreront dans leur patrie uniquement pour exercer leur droit de vote; on favorisera ainsi ceux d'entre eux qui sont à proximité de la frontière et on incitera les partis politiques à organiser des rentrées en masse. Un séjour quelque peu prolongé, d'ailleurs, permettra aux votants de se mettre dans l'ambiance du pays et de connaître les problèmes sur lesquels ils ont à se prononcer. Le séjour doit dépendre de circonstances personnelles générales et non de la volonté déterminante de voter. La seconde exigence doit se rapporter au lieu où le droit de vote peut être exercé: la question n'est pas indifférente lorsqu'il s'agit de votations ayant trait à une réforme de la Constitution qui exige la double majorité du peuple et des cantons et quand il s'agira des élections au Conseil national, alors qu'un déplacement de suffrages même insignifiant peut aboutir à modifier des résultats. A mon avis, nos concitoyens en séjour au pays ne doivent en tout cas pouvoir voter que dans leur canton d'origine.

Ces réserves faites, il faut tout de même se demander si l'adhésion à l'article constitutionnel, même subordonnée aux conditions strictes que je viens d'énoncer, se justifie. Le droit de vote de nos concitoyens à l'étranger découle non de conditions générales étendues à tous, mais d'un fait occasionnel, la présence sur le territoire national, sans que cette présence réponde nécessairement – comme c'est le cas lorsqu'un Suisse de l'étranger accomplit une période de

service militaire – à l'intérêt public. Je me demande s'il ne s'agirait pas, dans ce cas, de conférer un privilège contraire au principe de l'égalité des Suisses.

Je regretterais vivement que mes considérations fussent de nature à choquer mes compatriotes à l'étranger. Je les prie de considérer la question avec objectivité, en appréciant avec lucidité la profonde signification de l'article constitutionnel même sans une extension douteuse de leurs droits civiques. Et je prie les organes qui élaboreront cet article par voie législative de ne pas se laisser entraîner dans une voie qui, en définitive, porterait atteinte à des principes bien assis de notre droit public.

**M. Bertholet:** Le message du Conseil fédéral sur cet important problème est intéressant. Chacun ici, je suppose, sera d'accord avec la modification constitutionnelle qui nous est proposée.

Sans vouloir grossir démesurément l'importance que peut avoir pour notre pays le fait qu'un certain nombre de nos compatriotes séjournent dans tous les continents à des titres divers, il n'en reste pas moins que la cinquième Suisse peut jouer un rôle important dans nos relations avec l'ensemble des nations. Je suis sûr que si notre pays jouit d'une certaine estime à l'extérieur de nos frontières, c'est en partie à nos compatriotes de l'étranger que nous le devons.

Il suffit de penser aux dévouements que l'on trouve dans le cadre de l'aide suisse aux pays en voie de développement, de la Croix-Rouge, de la Coopération technique, des missions protestantes et catholiques, du Service civil international – et j'en passe – pour conclure que grâce à ces milieux différents quant à leur origine mais identiques par leur désir de servir leur prochain, notre petit pays possède un excellent atout en faveur du maintien de son intégrité.

Il y a quelques semaines, notre collègue M. Trottmann posait au Conseil fédéral la question suivante:

«L'aide au développement est devenue une tâche universelle. C'est pourquoi il y a davantage de citoyens suisses qui se mettent à sa disposition et qui rendent ainsi d'éminents services à notre petit pays. Existe-t-il une possibilité de dispenser ces citoyens de rattraper les services auxiliaires ainsi manqués et de les libérer du paiement de la taxe militaire pour la durée de leur activité en faveur de l'aide au développement?»

Cette question de notre collègue démontre clairement que de telles activités en faveur du prochain constituent une nouvelle forme de service, qui sans être armé peut toutefois représenter un élément positif en faveur d'une défense nationale d'un type nouveau.

Hélas! dans sa réponse, le Conseil fédéral dit que la Constitution lui interdit d'apporter des dérogations au principe que tout citoyen doit soit payer une taxe, soit effectuer ses devoirs militaires et rappelle que seuls certains officiers ont la possibilité d'être «à la disposition de la Croix-Rouge internationale, de la Croix-Rouge suisse ou de la Confédération pour accomplir une mission d'entraide à l'étranger en qualité de médecin. Si, par leur activité à l'étranger, ces officiers sanitaires ont la possibilité d'être instruits en vue des tâches à remplir en cas de guerre dans l'armée suisse, ce stage peut être imputé sur les services techniques et spéciaux prescrits par la loi. Cette possibilité a été offerte dans le cas de l'hôpital chirurgical de campagne du Yémen. Mise à part cette réglementation d'ordre militaire, le droit en vigueur ne permet toutefois pas de faire des exceptions pour les hommes astreints aux obligations

militaires qui exercent une activité en faveur de l'aide au développement.»

C'est entendu, je m'incline, puisque des gens infiniment plus qualifiés que moi ont conclu à l'impossibilité de pouvoir outrepasser les limites bien restreintes, chacun en conviendra, de ce qui a été accompli à ce jour.

Mais il me semble tout de même que l'on devrait avoir le courage de procéder une fois pour toutes à un examen sérieux de la situation et ne pas continuer éternellement à subordonner à l'armée tout ce qui appartient au domaine de la défense du pays.

Bien comprise, la position d'un grand nombre de Suisses de l'étranger pourrait, si nous voulions y songer sérieusement, être une source de rayonnement bienfaisant au-delà des frontières de notre petite patrie.

La majorité de nos compatriotes exilés ne le sont pas pour des raisons désintéressées. S'ils apportent au loin leur savoir, leur valeur professionnelle, leur intelligence, ils reçoivent en contrepartie des avantages matériels souvent appréciables. N'en sont-ils pas redevables aussi, dans une certaine mesure, aux peuples qui leur accordent l'hospitalité ?

Dès lors pourquoi ne demanderait-on pas à ceux de nos concitoyens qui sont dans l'impossibilité d'accomplir leur service militaire, parce que trop éloignés de la Suisse, de consacrer une partie de leur temps, comparable à celui qu'un militaire accorde chez nous au service de son pays, au bénéfice de l'Unesco, de la Coopération technique, de la Croix-Rouge ou du Service civil international ? Le préjudice causé à notre pays par le non-paiement de la taxe serait dérisoire. Enfin, nous nous associerions aussi plus directement au bon combat pour la suppression de la misère dans le monde.

Au sein de la commission, je me suis timidement permis de demander que le Conseil fédéral puisse, en certaines occasions, faire un bout de chemin dans le sens proposé par notre collègue Trottmann. La réponse négative que j'ai reçue ne m'a nullement convaincu quant au mal fondé de cette requête. Je le répète, si cela ne semble pas être juridiquement possible dans les circonstances présentes, nous pouvons tout au moins réformer notre droit lorsqu'il est visiblement dépassé. Des couches de plus en plus importantes de notre population se préoccupent de la question. Je citerais par exemple la proposition Bieler adressée aux Eglises, dont je souhaite qu'elle se traduise un jour par des demandes officielles de réalisations concrètes adressées au Conseil fédéral par nos deux principales confessions. La Suisse, qui fait preuve de tant d'initiative pour développer et sauvegarder son confort, ne pourrait-elle pas aussi officiellement en avoir davantage pour se préoccuper de celui des autres, en consentant à cet effet des sacrifices non négligeables ?

Aujourd'hui, le problème est posé, il faudra le résoudre le plus rapidement possible, non pas seulement pour nous préserver égoïstement, mais aussi par solidarité avec les mal lotis.

**Hofer:** Nach all dem, was heute bereits gesagt worden ist und was darüber hinaus in den letzten Wochen und Monaten in Zeitungen und andern Publikationen zu lesen war, brauche ich mich nicht mehr lange über die Bedeutung des Auslandschweizertums für unser Land zu verbreiten. Quantitativ gesehen hat zwar das Auslandschweizertum abgenommen gegenüber etwa der Zeit von 1914, qualitativ aber hat seine Bedeutung eher zugenommen, wenn wir etwa an den durchaus beunruhigenden Exodus von wissenschaftlichen Kräften, vor allem nach den Vereinigten Staaten von Amerika, denken. Wenn wir gestern gehört

haben, dass die Vereinigten Staaten von Amerika uns Uran liefern, dann könnte man fast die bittere Bemerkung machen: Und wir liefern ihnen dafür Physiker.

Ich glaube, es gilt, sich zu dem Grundsatz zu bekennen, dass die Auslandschweizer ein wichtiger Teil unseres Volkes sind. Es ist dies ein Grundsatz, der im Interesse unseres Landes und seiner Stellung in der Welt unbedingt bejaht werden muss, ein Grundsatz, der, wie es der verdiente Präsident der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft einmal formuliert hat, als «Bekenntnis der Heimat zu ihren Kindern in der Fremde» angesehen werden muss. Wenn diese Anerkennung der Bedeutung und der Leistungen der Schweizer im Ausland nun durch einen entsprechenden Artikel in der Bundesverfassung verankert werden soll, so geht damit ein jahrelang-jahrzehntelanges Bestreben in Erfüllung, das in seinen Wurzeln bis weit ins 19. Jahrhundert zurückgeht. Welche Bedeutung diesem Verfassungsartikel bei den Auslandschweizern allenthalben zugemessen wird, geht unter anderem aus dem schon von unserem Kommissionspräsidenten Herzog erwähnten Schreiben des Comité central des présidents des sociétés suisses de Paris hervor, ein Komitee, das in dieser Frage besonders rührig gewesen ist. In dem Schreiben heisst es, dass die Zustimmung von Parlament und Volk zu diesem neuen Verfassungsartikel von allen im Ausland lebenden Mitbürgern «mit froher Zuversicht» erwartet werde. Diese Verankerung der Auslandschweizer in der Verfassung werde mithelfen, dass sich die im Ausland lebenden Schweizer-Bürger mehr denn je ihrer Nationalität verbunden fühlten und sich der Heimat weniger rasch entfremdeten. Vor allem aber erlaube es dieser Artikel den Auslandschweizern, «vollwertige Mitbürger zu werden». Ich glaube, dass das nämlich der neuralgische Punkt in der ganzen Sache ist: nicht die verfassungsrechtliche Seite, sondern die politische und psychologische Seite, vor allem eben die Diskrepanz, die bislang bestanden hat zwischen politischen Pflichten einerseits und politischen Rechten andererseits. So sagte ein Redner auf dem Auslandschweizertag von 1962 wörtlich: «Auslandschweizer, die ihren Militärflichtersatz regelmässig entrichten oder Dienst leisten, empfinden es, keine politischen Rechte zu besitzen.» In der Tat widersprach diese Situation, in der Pflichten und Rechte sich nicht im inneren Gleichgewicht befunden haben, dem demokratischen Empfinden, und ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, dass diese Ungleichheit und damit auch Ungerechtigkeit verschwindet.

Wie Sie gehört haben, war in der Kommission insbesondere die Frage: Kann-Formel oder Muss-Formel umstritten. Ich war ursprünglich auch ein Anhänger der imperativen Form des Verfassungsartikels, habe mich aber dann mit andern Kollegen von den Argumenten, die von seiten des Bundesrates und seiner Mitarbeiter vorgebracht wurden, überzeugen lassen. Ich glaube, man darf tatsächlich die Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die sich aus der rechtlichen Doppelstellung der Auslandschweizer ergeben. Selbst Dr. Schürch, der die Anliegen der Auslandschweizer während Jahren mit soviel Geschick und Wärme vertreten hat, wies auf diesen Punkt hin, dass nämlich mögliche Reaktionen des Auslandes nicht ausser Acht gelassen werden sollten. Sowohl gewisse unliebsame geschichtliche Erfahrungen wie auch die gegenwärtige Lage eines ausserordentlich hohen Bestandes an Ausländern in unserem Lande lassen es uns geraten erscheinen, hier vorsichtig zu Werke zu gehen.

Zum Schluss möchte ich nicht verfehlen, auch meinerseits die vorzügliche und umsichtige Arbeit zu erwähnen,

die diejenigen geleistet haben, die die Botschaft über diesen Verfassungsartikel verfasst haben. Der helvetische Perfektionismus, der in anderem Zusammenhang so unsanft kritisiert worden ist, hat sich hier von seiner besten Seite gezeigt. Ich glaube, man sollte Verwaltung und Regierung auch einmal loben, wenn Grund dazu da ist, auch wenn man in der gegenwärtigen Situation damit – glaube ich – keinen Blumentopf gewinnen kann.

Zusammenfassend darf ich sagen, dass die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion, für die ich hier spreche, einmütig dem Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45bis über die Auslandschweizer zustimmt, und zwar in der Fassung des Nationalrates. Ich spreche dies mit um so grösserer Genugtuung aus, als ich ja selbst während eines Jahrzehntes zur sogenannten Fünften Schweiz gehört habe.

**Hackhofer:** Der französische Kommissionsreferent hat erwähnt, es sei ihm schwer gefallen, eine in der Kommission abgehaltene Diskussion über die sogenannte Kann- oder Muss-Formel hier nicht noch einmal aufzugreifen. Das veranlasst mich, auf eine Seite dieser Vorlage hinzuweisen, die auch in der Botschaft besonders unterstrichen wird. Es wird dort betont, dass das Gebiet, dem diese Vorlage gilt, sich durch einige besondere Probleme auszeichne. Es heisst hier: «Die Vorlage berührt daher nicht nur landesrechtliche, sondern ebensowohl völkerrechtliche Fragen; dazu kommen politische, psychologische, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte, die nicht weniger wichtig als die juristischen sind.»

Gestatten Sie mir im Hinblick auf die Diskussion betreffend Kann- oder Muss-Formel einige Bemerkungen von diesem psychologischen Gesichtspunkte aus. Es ist ganz selbstverständlich, dass unsere Auslandschweizer das Schicksal dieses Verfassungsartikels in unseren Beratungen und nachher in der Abstimmung mit ganz besonderem Interesse verfolgen, weil sie an diesem Artikel viel stärker direkt interessiert sind als an manch anderem Gegenstand unserer Gesetzgebung. Wir müssen uns bewusst sein, dass unsere Auslandschweizer in einer völlig anderen politischen Umwelt leben als wir. In keinem anderen Staat wäre ein derartiger Verfassungsartikel Gegenstand einer Volksabstimmung und damit Gegenstand der politischen Willensbildung im Volke, mit der ganzen entsprechenden Diskussion und den Auseinandersetzungen, wie sie bei uns üblich und selbstverständlich sind, wenn es sich um eine Revision der Bundesverfassung handelt. Solche Diskussionen und Auseinandersetzungen können von unseren Auslandschweizern in einer Sache, in der es um sie selber geht, leicht missverstanden werden. Sie können bei ihnen gewissermassen den Eindruck erwecken, als ob wir uns um Dinge streiten, die für uns selbstverständlich, für die Auslandschweizer aber unverständlich sind, weil nach ihrer Meinung das hier diskutierte eben zu keinen Auseinandersetzungen Anlass geben sollte. Angesichts dieser psychologischen Situation muss uns nach meiner Meinung daran gelegen sein, die Vorlage so zu formulieren, dass sie vor der Abstimmung zu möglichst wenig Auseinandersetzungen Anlass gibt und bei Volk und Ständen eine möglichst einhellige Zustimmung findet.

Von unseren Auslandschweizern wird diese Abstimmung als eine Demonstration der Heimat ihnen gegenüber betrachtet. Das ist nach meiner Meinung natürlich und selbstverständlich. Dieser psychologische Gesichtspunkt hat bei der heutigen Vorlage – neben den materiellen Elementen – eine besondere Bedeutung. Dieser Gesichtspunkt muss auch ins Gewicht fallen gegenüber der Frage, ob die

eine oder andere materielle Bestimmung der Vorlage so oder anders gefasst werden solle. Das hat sich nun ganz besonders gezeigt bei der Auseinandersetzung in der Kommission über die Frage der Formulierung von Artikel 1. In Artikel 1, Absatz 1 heisst es: «Der Bund ist befugt, . . .». In Absatz 2 heisst es: «Er kann in Berücksichtigung . . .». In den Vorschlägen der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft und an Auslandschweizertagen kam nun der Wunsch zum Ausdruck, dieser Artikel sollte imperativer gefasst werden, das heisst in der sogenannten Muss-Form: «Der Bund fördert . . .» und «Der Bund berücksichtigt . . .». Was ist nun psychologisch richtiger? Ich bin selber Mitglied der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft und habe mich – im Gegensatz zu Herrn Reverdin – überzeugen lassen von den Überlegungen psychologischer Natur. Es hat sicher keinen Sinn, uns nun in aller Breite auseinanderzusetzen und Differenzen zu schaffen nach Ständerat wegen dieser Kann-Formel. Der Bundesrat hat ja bereits in seiner Botschaft darauf hingewiesen, dass die praktische und rechtliche Bedeutung dieses Unterschiedes überschätzt werde. Wir selber wissen doch aus Erfahrung, dass es für die nachherige Ausführungsgesetzgebung unwesentlich ist, ob hier nun die Muss- oder die Kann-Formel gewählt werde. Aus diesen psychologischen Überlegungen heraus und um nach aussen keinen Schatten auf diese Vorlage entstehen zu lassen, hat man gefunden, es sei zweckmässig, an der Fassung des Ständerates in materieller Hinsicht keine wesentlichen Änderungen vorzunehmen. Praktisch sind es ja nur redaktionelle Änderungen, die die Kommission Ihnen vorschlägt.

Ich hatte seit Jahren Gelegenheit, Kontakte mit den Auslandschweizern zu pflegen, schon kurz nach dem Kriege in einer Eidgenössischen Expertenkommission für Auslandschweizerfragen und seither als Mitglied der Auslandschweizerkommission, aber auch durch Teilnahme an Veranstaltungen in etwa einem Dutzend von Schweizerkolonien, vor allem in Deutschland und in Österreich. Wenn wir hier im wesentlichen dem zustimmen, was der Bundesrat vorgeschlagen hat und was materiell und rechtlich sicher absolut vertretbar ist, was ja auch vom Ständerat bereits akzeptiert wurde, dann bin ich überzeugt, dass wir damit nicht nur der Präsenz unseres Landes im Ausland, sondern auch den Auslandschweizern selber als wichtigen Trägern dieser Präsenz einen wertvollen Dienst leisten, indem wir den Anträgen der Kommission zustimmen. Ich empfehle Ihnen diese Zustimmung, auch im Namen meiner Fraktion.

**Vontobel:** Gestatten Sie mir, zu dieser Vorlage einige kurze Bemerkungen. Vorab möchte ich dem Bundesrat und allen, die an der Ausarbeitung dieses Verfassungstextes beteiligt waren, herzlich für ihre Arbeit danken. Herr Herzog hat bereits erwähnt, dass ich seinerzeit ein Postulat einreichte, das von Ihnen dem Bundesrat überwiesen wurde, in dem ich den Wunsch äusserte, dass ein Verfassungsartikel für die Auslandschweizer geschaffen werde. Es ist in der Tat merkwürdig, dass die Auslandschweizer bisher in der Verfassung nirgends erwähnt waren, obwohl sie für die Schweiz, für ihre Wirtschaft und für ihr kulturelles Leben eine sehr entscheidende Rolle spielen. Es wäre müssig, hier über die Bedeutung des Auslandschweizers im Zusammenhang mit kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu sprechen. Die Bedeutung ist da und muss nicht näher erläutert werden. Nun erinnern Sie sich an die sehr harten Auseinandersetzungen, die seinerzeit hier in diesem Saale stattfanden, als es um die Kriegsschäden-Entschädigungsfrage ging. Sie erinnern sich alle, wie Herr Duttweiler hier

gekämpft hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, wie er in seinem Einsatz hier einmal einen Sitzstreik durchführen wollte. Wir haben also in dieser Frage allerhand erlebt! Aber damals ist doch schon klar geworden, dass irgendetwas in der Verfassung vorgekehrt werden muss, damit man in der Zukunft nicht mehr so in der Luft hängt, wie man damals bei der Lösung der Kriegsschädenfrage tatsächlich in der Luft hing. Ich verlangte in meinem Postulate, dass in der Verfassung einerseits der diplomatische Schutz des Auslandschweizers verankert werde und andererseits in gewissen Fällen die Eidgenossenschaft die Staatshaftung zu übernehmen habe. In der Botschaft wird gesagt, «Staatshaftung» sei kein schönes Wort; ich finde es auch; aber ich habe in diesem Zusammenhang kein anderes gefunden. Wir haben auch im Vernehmlassungsverfahren andere Formulierungen vorgeschlagen, die diesen beiden Begehren eher Rechnung getragen hätten, als dies nun im definitiven Text zum Ausdruck kommt.

Nun will ich rundweg erklären: Die Gründe, die in der Botschaft aufgeführt sind, weshalb der diplomatische Schutz als solcher nicht im Verfassungstext zu formulieren sei, sind einleuchtend. Ich bin überzeugt worden davon, dass man aus den verschiedensten Gründen den Begriff nicht so weit stecken kann. Es sprechen gewichtige Gründe dagegen, weshalb ich auf eine solche Formulierung von unserer Seite verzichten kann. Was die übrigen Fragen anbetrifft, so wird im Absatz 2 von der Ausübung politischer Rechte, von der Erfüllung der Wehrpflicht – im Zusammenhang mit der Gesetzgebung wird sicher auch über den Militärflichtersatz zu sprechen sein – und von der Unterstützung als solcher gesprochen. Damit sind drei Begriffe festgelegt, auf denen sich die Gesetzgebung zu einer weitergehenden Erfassung der Rechte und Pflichten der Auslandschweizer der Schweiz gegenüber, aber auch der Schweiz gegenüber den Auslandschweizern aufbauen kann. Entscheidend ist, dass keine abgeschlossene Enumerierung vorliegt; man sagt «namentlich». Damit ist auch festgehalten, dass, wenn sich weitere Bedürfnisse ergeben, diese in der Gesetzgebung berücksichtigt werden können, so dass ich mich auch in dieser Beziehung als befriedigt erklären kann. Wenn ich hier auf weitere Anträge verzichte, so auch deshalb, weil es mir als wesentlich erscheint, dass dieser Verfassungsartikel im Volke eine gute Aufnahme findet, dass man darüber keine grundsätzlichen Auseinandersetzungen führen muss, dass wir uns in unserm Rate hinter diesen Verfassungsartikel stellen und ihn glücklich über die Fahrnisse der Volksabstimmung bringen. Damit nützen wir unserem Verhältnis zu den Auslandschweizern, nützen aber den Auslandschweizern im besondern.

**Hummler:** Es ist nicht überraschend, dass bei diesem Geschäft emotionale Gesichtspunkte eine wesentliche Rolle spielen, und es ist ja erfreulich, dass diese Momente auch in unserm Rat wieder einmal im Vordergrund stehen dürfen. Sogar das herrlich sentimentale Lied: «Will ich mein Dienstbüchlein zerreißen, so reis' ich nach Amerika» ist mindestens im Votum unseres Herrn Kollegen Bertholet leicht angeklungen, wobei allerdings zu sagen wäre, dass die Schwierigkeiten unserer Auslandschweizer gerade in den Vereinigten Staaten heute in umgekehrter Richtung gehen. Wenn diese psychologischen Momente, wie sie heute hier genannt worden sind, eine wesentliche Rolle spielen, und wenn sie hier schon einige Male erwähnt worden sind, so darf ich mich meinerseits vielleicht auf den sehr viel nüchterneren wirtschaftlichen Standpunkt stellen. Ich möchte ja nur die allzu gut bekannte Binsenwahrheit anbringen,

dass wir eben, wirtschaftlich gesehen, ausserordentlich auf unsere Aussenbeziehungen angewiesen sind. Die aussenwirtschaftlichen Beziehungen sind für die Schweiz nicht nur nützlich oder einträglich, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Weil sie so lebensnotwendig sind, ist es notwendig, dass sie auch richtig gepflegt werden. Niemand kann das so gut wie diejenigen Leute, welche noch einigermaßen mit der Heimat verbunden sind. Wir haben also, wirtschaftlich gesehen, alles Interesse daran, dass auf den Aussenposten unserer Industrie, unseres Handels, Schweizer tätig sind, die die Verbindung mit ihrer Heimat noch aufrechterhalten können. Nun haben Sie gesehen, dass in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Auslandschweizer zurückgegangen ist, nicht nur, weil die Auswanderung schwächer geworden ist, sondern zum Teil auch wegen ihrer Assimilierung in die Staaten, in die sie einst eingewandert sind. Dieser Prozess kann nicht aufgehoben werden, genau so wie wir uns ja bemühen, mindestens einen Teil der bei uns tätigen Fremdarbeiter zu assimilieren. Aber es ist jedenfalls äusserst wertvoll, wenn es uns gelingt, die Bindung zu unsern ausgewanderten Landsleuten möglichst lange aufrechtzuerhalten. Es ist in der Botschaft sehr richtig ausgeführt worden, dass der Zwang zur Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen, aus wirtschaftlicher Not, heute nicht mehr besteht. Wir sind glücklich darüber. Aber wir müssen doch feststellen, dass gerade die beiden Weltkriege und die dazwischenliegende Wirtschaftskrise die Stellung unserer Auslandschweizer in vielen Staaten recht stark erschwert hat. Die Einwanderungsbestimmungen sind erschwert worden, die wirtschaftliche Tätigkeit ist teilweise beschränkt, die Transfermöglichkeiten für das Produkt ihrer Tätigkeit sind eingeschränkt worden. Heute haben wir besondere Probleme bei den Entwicklungsländern, die es aus begreiflichen Gründen – möchte ich sagen – noch nicht durchwegs gelernt haben, den weissen Mann als wirtschaftlichen Partner und nicht nur als Ausbeuter anzusehen. Das geht einige Zeit, vermutlich noch etwas länger, als bis die Europäer gelernt haben, ihre Partner in den Entwicklungsländern wirklich als solche anzusehen. Hier nun, glaube ich, besteht für die schweizerische Wirtschaft ein eminentes Interesse, dass wir die Stellung unserer Auslandschweizer stärken, dass wir dem Bund die Möglichkeit in die Hand geben, diese Beziehungen der Auslandschweizer unter sich und mit der Heimat zu fördern. Wir wissen aus den Verhandlungen in der Kommission, dass das auch schon bisher in sehr hohem Masse geschehen ist, und wir sind uns klar darüber, dass wir mit diesem neuen Verfassungsartikel lediglich einen schon bestehenden Zustand wirklich verfassungsmässig verankern. Aber es ist jedenfalls für einen Auslandschweizer doch etwas anderes, wenn er weiss, dass in der Verfassung seines Landes ein Artikel steht, der ihm eine Gewissheit gibt, dass sich sein Land um ihn weiter kümmert. Dass dabei recht subtil vorgegangen werden muss, ist uns klar, denn wenn wir etwa versucht wären, allzu enge Bindungen mit den Auslandschweizern herzustellen, könnte es leicht geschehen, dass diese Auslandschweizer mit ihren Gastländern in Konflikt kämen. Gerade deshalb ist diese Diskussion über die imperative oder nicht imperative Form des Artikels entstanden. Es ist daran zu denken, dass wir hier legiferieren auf einem Gebiet, das über unsere Grenzen hinausgeht, und dass wir deshalb besondere Vorsicht und Diplomatie an den Tag zu legen haben.

Ich möchte Sie auch aus diesen Gründen bitten, auf die Vorlage einzutreten; ich habe das Vergnügen, dies auch im Namen der radikal-demokratischen Fraktion zu tun.

**M. Maître:** On souligne de tous côtés l'urgence qu'il y a d'édicter les dispositions qui sont soumises à notre appréciation, comme si on ressentait le besoin de réparer, en somme, ce qui pourrait faire douter de la réalité de nos sentiments envers les Suisses de l'étranger. Les dispositions que nous avons prises en matière d'achat de biens-fonds en Suisse, par exemple, nous ont obligés à revenir en arrière, non pas parce que nous voulions ignorer les intérêts des Suisses domiciliés à l'étranger, mais parce que nous avons oublié de prévoir l'exception que chacun aurait votée si elle avait été proposée, en son temps, dans le cadre des dispositions se rapportant à cette matière.

Aujourd'hui, MM. les rapporteurs et tout particulièrement M. Reverdin, rapporteur de langue française, ont souligné les raisons d'ordre psychologique qui dominaient la décision que nous sommes appelés à prendre. Personne, en Suisse, ne voudrait nier tous les liens qui nous unissent à nos compatriotes qui, au-delà de nos frontières, contribuent au bon renom de notre pays.

Mais avec M. Reverdin, on peut se demander si les dispositions et tout particulièrement leur libellé correspondent bien à ce sentiment et, en définitive, ne comportent pas trop de réserves à l'égard des compétences que nous voulons donner à la Confédération. En effet, on a exclu le caractère impératif de l'article 45 bis, alinéa 1, pour insérer une disposition de caractère facultatif. Je le regrette, mais vu l'urgence qu'il y a de se prononcer, il paraît inopportun de soumettre ici une contreproposition, d'autant plus que la commission, après de longs entretiens – selon ce qui nous a été rapporté – a finalement accepté le projet à l'unanimité.

A relire le texte, nous constatons que la confusion apparaît davantage dans le texte français que dans l'allemand. En effet, on dit en allemand: la Confédération «ist befugt»; en français on dit «est autorisée».

L'autorisation que l'on accorde ainsi à la Confédération est tout d'abord contraire au principe d'une loi constitutionnelle, car la Constitution doit octroyer des droits et non pas simplement des autorisations qui, généralement, relèvent davantage de dispositions administratives. En parcourant rapidement la Constitution tout à l'heure, j'ai trouvé de très nombreuses dispositions où l'expression «ist befugt» est traduite en français par «a le droit», par exemple aux articles 31 quater, 32 bis, 32 quater, 34, 34 ter, 45, 64 bis, 69 ter, 70 et bien d'autres. Une seule exception: l'article 34 quinquies dit «est autorisée». Mais il semble que le législateur n'ait pas prêté garde à la concordance du texte. Peut-être a-t-il admis qu'il s'agissait en cette matière – allocations familiales – d'une affaire qui, dans les mesures d'application, comportait davantage de dispositions de droit administratif que de droit matériel.

C'est la raison pour laquelle je propose – car je pense qu'il n'y a pas besoin de soumettre une proposition écrite puisqu'il s'agit en somme d'une question de traduction – que le texte français soit modifié et que l'on écrive: «La Confédération a le droit de renforcer les liens qui unissent les Suisses à l'étranger, etc.» Cela éviterait d'ajouter encore à cette sorte de réserve qui apparaît beaucoup trop, dans le texte français en tout cas.

Et puis, du point de vue purement rédactionnel mais aussi du point de vue de la systématique législative, on peut se demander si l'alinéa 1 ne devrait pas simplement poser le principe et dire: «La Confédération a le droit de renforcer les liens qui unissent les Suisses résidant à l'étranger entre eux et avec la patrie.» A l'alinéa 2 serait insérée la possibilité, pour la Confédération, de soutenir les institutions créées à cet effet. Le soutien de ces insti-

tutions découle du principe; or, dans la systématique législative, il n'est pas usuel, ou en tout cas il est regrettable, de mettre deux dispositions de portée différente dans une même phrase.

C'est la raison pour laquelle je propose que – ceci ne touche pas au fond de l'article et à sa portée – la commission de rédaction modifie ces alinéas 1 et 2 dans le sens que je me permets de vous soumettre.

**Herzog, Berichtstatter:** Wir sind auch der Meinung, dass diese Frage der Redaktionskommission überwiesen werden soll. Ich glaube, dass der Text, wie er vorliegt, heute beschlossen werden kann; nachher wird ihn die Redaktionskommission bereinigen. Es gibt drei Möglichkeiten für die französische Übersetzung. Wo es in der deutschen Sprache «befugt» heisst, können wir im Französischen sagen: «a le droit», oder «est autorisée» oder «La confédération peut». Das ergibt sich aus den Verfassungsbestimmungen, wie sie bereits vorliegen. Wir möchten nicht im Ratssaal wieder den Streit heraufbeschwören, dass wir, wie es in der Kommission geschehen ist, über irgend eine Bestimmung eine Stunde diskutieren und zuletzt erklären: Gut, versuchen wir es einmal mit dieser Fassung. – Wir sind deshalb der Meinung, dass die Redaktionskommission diese Angelegenheit erledigen soll. Herr Maître ist ja auch damit einverstanden. Im übrigen danke ich dafür, dass die Vorlage von den Diskussionsrednern so gut aufgenommen wurde. Wir dürfen sagen, dass wir mit diesem Artikel 45 ein gutes Stück weiter sind im Verhältnis zu den Auslandschweizern. Ich weise mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass viele Fragen, die jetzt im Verfassungsartikel nicht diskutiert und geregelt werden können, bei der Gesetzesvorlage näher umschrieben werden müssen. Ich bitte Sie noch einmal, einstimmig dieser Vorlage zuzustimmen.

**M. Reverdin, rapporteur:** Mes premiers mots seront pour me féliciter de l'accueil si positif réservé à cet article constitutionnel par tous ceux qui ont pris la parole et pour dire l'espoir de voir ce texte défendu avec la même conviction, lorsqu'il passera devant le peuple et les cantons, par tous ceux d'entre vous qui en auront l'occasion.

En ce qui concerne la rédaction du texte français, on constate, comme l'a rappelé M. Maître, qu'il y a plusieurs traductions possibles de l'allemand «ist befugt». Dans l'ensemble de notre législation, neuf fois sur dix, le français s'adapte comme il peut à un texte pensé et rédigé en allemand. En l'occurrence, la traduction la plus courante est «a le droit», encore qu'on trouve la traduction «la Confédération peut» ou «la Confédération est autorisée». C'est là une question de pure forme qui n'affecte en rien le fond. De même, il serait infiniment préférable – et j'avais l'intention de le proposer à la commission de rédaction – de réserver à l'alinéa 1 la déclaration de principe selon laquelle la Confédération a le droit de prendre des mesures pour resserrer les liens des Suisses résidant à l'étranger entre eux et avec le pays, et de renvoyer à l'alinéa 2 le subventionnement du secrétariat des Suisses à l'étranger. Là encore, il s'agit d'une question purement rédactionnelle et je vous propose de la renvoyer pour étude à la commission de rédaction. Au demeurant, j'espère que vous voterez à l'unanimité le texte soumis à vos délibérations.

**Bundesrat Spühler:** In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen – sie zog sich durch die ganze Debatte hindurch –, ob dem neuen Verfassungsartikel nicht bloss deklamatorische Bedeutung zukomme, ob er nicht lediglich



eine Referenz vor der fünften Schweiz darstelle. Es ist ja sicher so, dass die sentimentale Verbundenheit der Auslandschweizer mit der Heimat tief verwurzelt ist, worüber wir alle glücklich sind. Wer schon einem Auslandschweizer tag beigewohnt hat – es ist Pflicht, dass an solchen Tagen immer ein Mitglied des Bundesrates anwesend ist –, dem wird erst recht deutlich, wie stark die Treue zur Heimat bei den Auslandschweizern verankert ist. Das wird ihm noch viel mehr deutlich, wenn er Gelegenheit hat, im Ausland an Veranstaltungen von Schweizerkolonien teilzunehmen. Man kann sich fragen, ob nicht schon wegen dieser Verbundenheit auch eine bloss deklamatorische Bedeutung eines solchen Verfassungsartikels genügend Grund wäre, ihn aufzunehmen. Nach meiner Meinung trifft dies zu. Wenn die geplante Verfassungsrevision zustandekommt, wird damit gewissermassen eine Proklamation zugunsten unserer Auslandschweizer erlassen. Unsere Mitbürger, die in unserer Verfassung nicht die geringste Erwähnung gefunden haben, werden nun sozusagen in unserem Grundgesetz integriert, anerkannt. Der fünften Schweiz soll ein kleines Denkmal gesetzt werden. Das alles sind zugegebenermassen bloss politische und psychologische Überlegungen. Sie spielen aber, wie die Erfahrung beweist, im Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft und den Auslandschweizern eine grosse Rolle.

Es gibt daneben aber noch eine Reihe von sehr praktischen und konkreten juristischen Gründen, die den neuen Artikel im Hinblick auf die vom Bund zu ergreifenden Massnahmen als wünschenswert, ja als absolut notwendig erscheinen lassen. Als wünschenswert einmal, wenn ich als Beispiel nenne: die Ordnung der Wehrpflicht, dann die Subventionierung der Institutionen der Auslandschweizer. Als notwendig möchte ich einen Verfassungsartikel bezeichnen im Hinblick auf die Einräumung von politischen Rechten an unsere Auslandschweizer; es will mir scheinen, dass das ein wesentlicher Punkt ist, und es hat ja auch in der ganzen Diskussion die Bedeutung dieser Frage besonders durchgeschimmert.

Aus der Aufzählung dieser Aufgaben – der wünschenswerten und der notwendigen Aufgaben – ergibt sich die Notwendigkeit eines Kompetenzartikels, also die Einräumung einer Befugnis, eines Rechtes an den Bund zur Legiferierung auf dem Gebiete von Auslandschweizerfragen. Diese Auslandschweizerfragen zeichnen sich bekanntlich durch eine grosse Vielfalt aus; sie sind in ständiger Entwicklung begriffen, sie nehmen oft und schlagartig unerwartete Formen an, sie spielen sich zum allergrössten Teil im Ausland ab. Die Ausführungsgesetzgebung wird auf diese Komplikationen Rücksicht nehmen müssen. Das Parlament sollte möglichst frei sein, die Gesetzgebung so zu gestalten, wie es dies für angezeigt erachtet. Bei Erlass der Ausführungsgesetzgebung, mit der sich das Parlament ja noch verschiedentlich befassen wird, wird es Rücksicht nehmen können auf völkerrechtliche und ausserpolitische Belange. Das Parlament kann nicht einfach autonom vorgehen, wie es will, wenn sich seine Massnahmen auf Schweizer im Ausland beziehen, die ihrerseits der ausländischen Gesetzgebung ihres Gastlandes unterstehen. Weil die Auslandschweizer im Ausland wohnen, wirkt sich eine Bundesgesetzgebung, die ihnen gewidmet ist, auch auf das Ausland aus. Diese Tatsache wirft heikle Probleme auf, und noch so gut gemeinte Massnahmen können sich im Ausland als undurchführbar erweisen. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb der Bundesrat dafür gehalten hat, dass es notwendig sei, Ihnen einen Kompetenzartikel, einen Artikel in der «Kannform» vorzuschlagen. Auch in Auslandschweizerkreisen – das muss betont werden – sind

gegenüber der imperativen Form Bedenken angemeldet worden. Das gilt ganz besonders für Doppelbürger, die in einem Treueverhältnis zu ihrem zweiten Heimatstaat stehen, trotzdem aber gute Schweizer sein können.

Ich finde es erfreulich, dass keine Differenzen bestehen. Die Wünsche, die Herr Nationalrat Bertholet hier vorgebracht hat, können nicht im Zusammenhang mit dem Auslandschweizerartikel behandelt werden; sie beziehen sich auf die Frage der Einführung eines Zivildienstes, die in einen ganz andern Rahmen hineingehört. Ich bin Ihnen dankbar für die eindrückliche und einstimmige Annahme im Interesse der Auslandschweizer. Ich hoffe, dass die Anerkennung ihrer Treue zur Heimat, die die Auslandschweizer in der Stellungnahme des Nationalrates und des Ständerates finden, ihnen eine Aufmunterung bedeutet, und ich hoffe, dass auch die Volksabstimmung ein Bekenntnis der Verbundenheit mit unsern Mitbürgern im Ausland darstellen wird.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
Le conseil passe sans opposition à la discussion  
des articles*

*Artikelweise Beratung – Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

*Titel*

Bundesbeschluss

über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45 bis über die Auslandschweizer

*Ingress*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

*Titre*

Arrêté fédéral

introduisant dans la constitution un article 45 bis relatif aux Suisses résidant à l'étranger

*Préambule*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen – Adopté*

*Abschnitt I, Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Chapitre I, préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen – Adopté*

*Art. 45 bis*

**Antrag der Kommission**

*Abs. 1*

Der Bund ist befugt, die Beziehungen der Auslandschweizer unter sich und zur Heimat zu fördern sowie den Institutionen beizustehen, welche diesem Ziel dienen.

*Abs. 2*

Er kann in Berücksichtigung der besondern Verhältnisse der Auslandschweizer die zur Regelung ihrer Rechte und Pflichten erforderlichen Bestimmungen erlassen, namentlich über die Ausübung politischer Rechte, die Erfüllung der Wehrpflicht und die Unterstützung. Vor dem Erlass dieser Bestimmungen sind die Kantone anzuhören.

*Art. 45 bis***Proposition de la commission***Al. 1*

La Confédération est autorisée à renforcer les liens qui unissent les Suisses résidant à l'étranger entre eux et avec la patrie, et à soutenir les institutions créées à cet effet.

*Al. 2*

Elle peut, compte tenu de la situation particulière des Suisses résidant à l'étranger, édicter des dispositions en vue de déterminer leurs droits et obligations, notamment quant à l'exercice de droits politiques et à l'accomplissement des obligations militaires ainsi qu'en matière d'assistance. Les cantons seront consultés avant l'adoption de ces dispositions.

*Angenommen – Adopté*

*Abschnitt II***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Chapitre II***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 131 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

**9325. Teuerungsbekämpfung.  
Verlängerung des Kreditbeschlusses  
Lutte contre le renchérissement. Prorogation  
de l'arrêté dans le domaine du crédit**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 16. November 1965  
(BBl II, 234)

Message et projet d'arrêté du 16 novembre 1965 (FF II, 239)

Beschluss des Ständerates vom 15. Dezember 1965  
Décision du Conseil des Etats du 15 décembre 1965

**9400. Interpellation Eibel.  
Revision der Preis- und Lohnpolitik  
Revision de la politique en matière de prix  
et de salaire**

Text der Interpellation siehe Seite 23 hiernach  
Texte de l'interpellation voir page 23 ci-après

**Antrag der Kommission**

*Mehrheit*

Eintreten.

*Minderheit  
(Suter)*

Nicht eintreten.

**Antrag Muret**

Nicht eintreten.

**Eventualantrag Muret**

Ablehnung des Bundesbeschlusses.

**Proposition de la commission**

*Majorité*

Passer à la discussion des articles.

*Minorité  
(Suter)*

Ne pas entrer en matière.

**Proposition Muret**

Ne pas entrer en matière.

**Subsidiäremment**

Rejet de l'arrêté.

*Berichterstattung – Rapports généraux*

M. Aebischer, rapporteur de la majorité: Il y a cinq mois, notre Conseil a examiné longuement le rapport du Conseil fédéral sur l'exécution des deux arrêtés urgents concernant la lutte contre le renchérissement. Aujourd'hui, nous avons à nous prononcer sur le sort de ces arrêtés, le Conseil fédéral proposant de proroger d'une année, c'est-à-dire jusqu'au 17 mars 1967, l'arrêté concernant la lutte contre le renchérissement par des mesures dans le domaine du marché de l'argent et des capitaux et dans celui du crédit.

Rappelons que les arrêtés en question auront été en vigueur pendant deux ans, mais que l'Assemblée fédérale peut, au besoin, proroger d'une année la durée de leur validité et sans que le referendum puisse être demandé.

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1966
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.03.1966
Date	
Data	
Seite	4-13
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 330

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

### 9300. Schuldenkonsolidierungsabkommen Consolidation des dettes. Accords

Siehe Jahrgang 1965, Seite 707 – Voir année 1965, page 707

Beschluss des Ständerates vom 15. März 1966  
Décision du Conseil des Etats du 15 mars 1966

#### Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes 110 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

### 9287. Auslandschweizer. Verfassungsartikel Suisses à l'étranger. Article constitutionnel

Siehe Seite 4 hiervoor — Voir page 4 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 9. März 1966  
Décision du Conseil des Etats du 9 mars 1966

#### Differenzen – Divergences

##### Art. 45 bis

#### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.  
(Die Änderung betrifft nur den französischen Wortlaut.)

##### Art. 45 bis

#### Proposition de la commission

Maintenir.

M. Reverdin, rapporteur: Une divergence subsiste entre le Conseil des Etats et le Conseil national au sujet de l'article constitutionnel relatif aux Suisses résidant à l'étranger. Il s'agit, à vrai dire, d'un très mince sujet de guerre. Il est purement verbal: c'est une question de langue, qui ne concerne que le texte français.

Le projet du Conseil fédéral disait: «Suisses à l'étranger». Nous avons estimé que l'expression était trop vague. Notre ami Jules Grandjean, qui sera dans quelques jours en Australie, où il nous représentera à l'Union interparlementaire, sera quelque temps un Suisse à l'étranger. Lorsque vous êtes en vacances en Italie, vous êtes des Suisses à l'étranger. Il nous a donc paru qu'il était important d'apporter ici une précision et de parler de «Suisses résidant à l'étranger».

Le Conseil des Etats a préféré l'expression vicieuse «Suisses à l'étranger». Devons-nous céder? Evidemment, comme je l'ai dit, il s'agit d'un très mince sujet de guerre, mais je pense que nous avons les meilleures raisons de ne pas céder, ne serait-ce que par respect pour la langue française, et qu'en scrutant un peu l'histoire du Conseil des Etats, nous y trouvons les arguments qu'il nous faut.

Le Conseil fédéral nous avait proposé en 1960 un arrêté relatif à l'acquisition de biens-fonds par des «personnes à l'étranger». Nous avons remplacé cette expression par «personnes domiciliées à l'étranger», et le Conseil des Etats s'est immédiatement rallié à cette modifica-

tion sans faire la moindre grimace. Demandons-lui aujourd'hui d'être conséquent avec lui-même et d'accepter la formule «Suisses résidant à l'étranger», qui est la bonne.

Au demeurant, comme il serait ridicule de poursuivre cette querelle, votre commission propose que, si le Conseil des Etats ne se rallie pas à notre proposition, les deux chambres s'en remettent à la commission de rédaction.

Le président: La discussion est ouverte sur la proposition de la commission, qui ne concerne que le texte français. La parole est-elle demandée? ... Tel n'est pas le cas. La discussion est close.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 105 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

### 9371. Reaktorenentwicklung in der Schweiz. Förderung Réacteurs en Suisse. Encouragement du développement

Botschaft und Beschlusentwurf vom 8. Februar 1966  
(BBl I, 189)

Message et projet d'arrêté du 8 février 1966 (FF I, 197)

#### Antrag der Kommission

Eintreten.

#### Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

#### Berichterstattung – Rapports généraux

Grütter, Berichterstatter: Es ist nun das dritte Mal, dass sich die eidgenössischen Räte mit Fragen der Förderung des Baus von Versuchsatomreaktoren zu befassen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen haben.

In der letzten Zeit ist eine sehr lebhaft Diskussions darüber entstanden, ob die Schweiz überhaupt Atomreaktoren konstruieren soll oder ob es nicht besser wäre, diese Entwicklung aufzugeben, oder ob es, wenn man schon diese Entwicklung will, nicht Aufgabe der Industrie wäre, dieses Gebiet aus eigenen Mitteln zu fördern.

Wie und wann ist die Schweiz auf diesem Gebiete gestartet? Ursprünglich waren es drei Gruppierungen, die sich für den Bau von Versuchsatomreaktoren interessierten:

1. Das Konsortium (ein Zusammenschluss von zur Hauptsache deutschschweizerischen Unternehmen);

2. die Energie nucléaire SA (ENUSA), welcher die Kantone der Westschweiz, Firmen der Maschinenindustrie und die Elektrizitätswirtschaft angehörten;

3. die Swissatom AG, an der die Nordostschweizerischen Kraftwerke, die Bernischen Kraftwerke, die EOS, die Elektrizitätswerke Basel, Bern und Zürich, sowie die Elektrowatt, das Kraftwerk Laufenburg, die Zentralschweizerischen Kraftwerke und die SBB als Aktionäre beteiligt sind.

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1966
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1966
Date	
Data	
Seite	137-137
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 348

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**9287. Auslandschweizer. Verfassungsartikel  
Suisse à l'étranger. Article constitutionnel**

Siehe Seite 137 hiervor – Voir page 137 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 25. März 1966  
Décision du Conseil des Etats du 25 mars 1966

---

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes: 122 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat — Au Conseil fédéral*

---

**9370. Friedliche Verwendung der Atom-  
energie. Abkommen mit den USA  
Utilisation pacifique de l'énergie atomique.  
Accord avec les Etats-Unis**

Siehe Seite 1 hiervor – Voir page 1 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 17. März 1966  
Décision du Conseil des Etats du 17 mars 1966

---

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes: 125 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat — Au Conseil des Etats*

**Schluss des amtlichen Bulletins der Frühjahrsession 1966**

*Fin du Bulletin officiel de la session de printemps 1966*

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1966
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.03.1966
Date	
Data	
Seite	279-279
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 376

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

*Einziges Artikel***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Article unique***Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté**Gesamtstimmung — Vote sur l'ensemble*Für Annahme des Beschlusentwurfes 35 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat — Au Conseil national***9287. Auslandschweizer. Verfassungsartikel  
Suisser à l'étranger. Article constitutionnel**Botschaft und Beschlusentwurf vom 2. Juli 1965  
(BB1 II, 385)

Message et projet d'arrêté du 2 juillet 1965 (FF II, 401)

**Antrag der Kommission**

Eintreten.

**Proposition de la commission**

Passer à la discussion des articles.

*Berichterstattung — Rapport général*

**Dietschi**, Berichterstatter: Ein seit langem von unseren Mitbürgern im Ausland und von den ihnen nahestehenden Vereinigungen im Inland vertretenes Anliegen steht vor der Verwirklichung: Ein besonderer Artikel der Bundesverfassung soll die Rechte und Pflichten der ausserhalb der Landesgrenzen niedergelassenen Schweizer Bürger umschreiben. Damit öffnet sich ein neues Kapitel in der Auslandschweizerpolitik.

Unsere Bundesverfassung kennt keine Bestimmung, welche auf die besondere Lage der ausgewanderten Staatsbürger Rücksicht nimmt oder ihre Rechte und Pflichten, die sich aus dem Wohnsitz im Ausland ergeben könnten, näher regelt. Dennoch haben sich seit jeher Auslandschweizerfragen ergeben, welche einer eidgenössischen Lösung bedürfen. Solche Lösungen sind von Fall zu Fall getroffen worden und stützen sich mehr oder weniger gut entweder auf bestehendes Recht, das weitherzig ausgelegt wurde, oder auf stillschweigende Ausnahmen der Befugnisse der Eidgenossenschaft. Diese Ordnung war nicht immer befriedigend, und es wurden seit Jahrzehnten Stimmen laut, welche den Erlass besonderer Verfassungsbestimmungen verlangten.

Nun legt als Ergebnis gründlicher Vorbereitungen des Eidgenössischen Politischen Departementes und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Rechtsgelehrten, interessierten Organisationen des Inlandes — der Neuen Helvetischen Gesellschaft und ihrem Auslandschweizersekretariat — und mit den Schweizerkolonien im Ausland der Bundesrat den Entwurf zu einem besonderen

Auslandschweizerartikel der Bundesverfassung vor. Es handelt sich um einen Ermächtigungsartikel. Der neue Artikel 45bis der Bundesverfassung hat — nach dem Vorschlag des Bundesrates — folgenden Wortlaut: «Der Bund ist befugt, die Beziehungen der Schweizer im Ausland unter sich und zur Heimat zu fördern sowie den diesen Zielen dienenden Institutionen beizustehen. Er kann in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Schweizer im Ausland die zur Regelung ihrer Rechte und Pflichten erforderlichen Bestimmungen erlassen, namentlich über die Ausübung politischer Rechte, die Erfüllung der Wehrpflicht und die Unterstützung. Die Kantone sind vorgängig anzuhören.»

Das Schweizervolk ist sich in der Regel durchaus bewusst, dass die Wirksamkeit der in der Fremde niedergelassenen Mitbürger nicht nur für das Ansehen der Eidgenossenschaft in der ganzen Welt, sondern auch für das Wirtschafts- und Geistesleben der Heimat eine wichtige Rolle spielt. Die Botschaft des Bundesrates ist vorbildlich dokumentiert und vermittelt einen interessanten Ueberblick über das Auslandschweizer-Problem. Es wird an die zahlreichen Beispiele unserer Geschichte erinnert, in welchen die Schweizer im Ausland wichtige Beiträge für die Geltung des Landes, aber auch für die Befruchtung unserer Wirtschaft und für die politische und geistige Entwicklung ihrer Heimat leisteten. Wenn im historischen Teil der Botschaft unter anderem erwähnt wird, dass vom 15. Jahrhundert bis 1848 wohl an die 2 Millionen Schweizer als Soldaten, 60 000 als Offiziere und 700 als Generäle in fremden Kriegsdiensten standen, so drängt es sich auf, auch beizufügen, dass heute rund 2000 Schweizer Akademiker allein in den Vereinigten Staaten von Amerika tätig sind. Wenn man sich die Kosten einer akademischen Ausbildung vor Augen hält, könnte man versucht sein zu sagen, dass die Schweiz auf diese Weise dem reichsten Land der Welt die umfangreichste Entwicklungshilfe zukommen lässt. Die Zahl der im Ausland lebenden Schweizer wird heute auf rund 280 000 geschätzt — rund 160 000 Nur-Schweizer-Bürger und rund 120 000 Doppelbürger —; ein Höchstbestand von über 400 000 Auslandschweizern dürfte Ende der zwanziger Jahre erreicht gewesen sein. Heute hat sich die Auswanderung wesentlich geändert, weil das Söldnertum und die Auswanderung aus wirtschaftlicher Not nicht mehr bestehen. Die Gründe, welche den Schweizer in die Ferne ziehen, sind heute weniger denn je auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, doch kann gesagt werden, dass die Auslandschweizer von heute in erster Linie Techniker, Kaufleute und Wissenschaftler sind. Der Aufenthalt in der Fremde ist, trotzdem die Notzeiten der Weltkriege sich kaum mehr auswirken, auch heute für einen Schweizer nicht ohne Dornen. Die Schwierigkeiten, mit denen viele Auslandschweizer nach wie vor zu kämpfen haben, können individuelle Ursachen haben, sind aber auch oft auf Massnahmen zurückzuführen, welche in ihren Gastländern getroffen wurden. Verstaatlichungen führen zur Vernichtung mancher Existenz und zur Wegnahme schweizerischer Investitionen aller Art. Strenge Devisenbewirtschaftungen betreffen vielfach gerade die Ueberweisung von Ersparnissen in die Heimat, in welche doch die meisten Mitbürger nach einiger Zeit wieder zurückkehren wollen.

Die nun vorgeschlagene Verfassungsnorm soll der Eidgenossenschaft die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, in vermehrter Masse die Interessen ihrer Staatsbürger im Ausland wahrzunehmen. Wer den Entwurf zum



vorgeschlagenen Artikel 45bis der Bundesverfassung liest, wird auf den ersten Blick den Eindruck bekommen, dass die Vorlage sich im Rahmen der vielen Verfassungsrevisionen der letzten Jahre und Jahrzehnte hält. In der Tat ist unsere Verfassung seit der Totalrevision von 1874 durch zahlreiche Kompetenznormen ergänzt worden. Artikel 45bis soll dem Bund die Befugnis geben, auf dem Gebiete der Auslandschweizer-Politik zu legiferieren. Auch die moralische Seite, die bei der Vorlage unverkennbar ist, stellt ebenfalls nichts Neues dar. Es kann hier verwiesen werden, beispielsweise auf die Verfassungsbestimmungen betreffend das Rätoromanische, den Familienschutz und den Heimatschutz. Der zu erlassene Artikel soll eine Proklamation zugunsten der Auslandschweizer darstellen. Die Fünfte Schweiz wird damit verfassungsrechtlich «integriert» werden.

Und doch liegen gegenüber anderen Verfassungsbestimmungen gewisse Neuerungen vor. Darauf hat in der Kommissionssitzung Herr Fürspreh Jaccard, der sich besonders intensiv mit den Vorarbeiten für den Verfassungsartikel 45bis beschäftigte, überzeugend hingewiesen. Er legte dar, dass die Bundesverfassung ihrem Wesen nach auf die Verhältnisse im Inland zugeschnitten ist. Die Bestimmungen über auswärtige Beziehungen sind wenig zahlreich. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die Redaktoren der Bundesverfassung sowohl 1848 wie 1874 an die Auswirkungen auf die Auslandschweizer überhaupt nicht gedacht. Das gilt sogar für Bestimmungen der Verfassung, die heute auf die Auslandschweizer direkt anwendbar sind. Interessant ist in dieser Beziehung Artikel 18, wonach jeder Schweizer wehrpflichtig ist. Aus den Vorarbeiten zur Verfassung von 1848 finden sich Hinweise darauf, dass man gelegentlich sogar an eine Wehrpflicht dachte, die sämtlichen Einwohnern (auch den Ausländern) auferlegt würde; die Ausländer wären nur dann befreit worden, wenn in ihren Heimatstaaten Schweizer Bürger der Wehrpflicht gegenüber dem Wohnsitzstaat nicht unterworfen gewesen wären. Die Entstehungsgeschichte des Artikels 18 ergibt jedenfalls so gut wie keine Anhaltspunkte dafür, dass man diese Bestimmung ohne weiteres auf die Auslandschweizer hätte angewendet wissen wollen. Diese Feststellungen ändern selbstverständlich nichts daran, dass Artikel 18 seinem Wortlaut nach auch die Auslandschweizer umfasst. Ähnliche Bemerkungen können in bezug auf Artikel 34quater über die AHV/IV gemacht werden. Beim Erlass dieser Bestimmung ist die Stellung der Auslandschweizer nicht erörtert worden; jedenfalls finden sich in den Materialien keine Hinweise darauf. Der erste Gesetzesentwurf, die sogenannte Lex Schulthess, sah eine Berücksichtigung der Auslandschweizer lediglich in dem Sinne vor, dass Auswanderer weiterhin die Möglichkeit haben sollten, unserer Sozialversicherung anzugehören. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, bei der Ausarbeitung der AHV, hat man daran gedacht, den Auslandschweizern das Recht zu gewähren, sich der AHV anzuschliessen.

Trotz der Praxis zu den Artikeln 18 und 34quater sind die Auslandschweizer in der Verfassung nirgends erwähnt. Viele Bestimmungen sind auf sie von vorneherein nicht anwendbar. So wäre es zum Beispiel nicht möglich, die Tabakbesteuerung zugunsten der AHV im Ausland durchzuführen. Dieses Beispiel zeigt die Schwierigkeiten auf, denen der Gesetzgeber begegnet, wenn er einen Verfassungsgrundsatz schaffen soll, der seine Wirkung ausserhalb des Landes zu entfalten hat. Der Vollzug müsste immer, sei es rechtlich oder tatsächlich, pro-

blematisch sein. Diese Ueberlegungen müssen zur Zurückhaltung in der Formulierung des Verfassungsartikels zwingen. Sie sind mit ein Grund gewesen, dass sich die Vorarbeiten lange hingezogen haben, und dass es immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat. Der Auslandschweizer ist in weitgehendem Masse mit seinem Wohnsitzstaat verbunden und dessen Hoheit unterworfen. In diesem Umstand liegt der grundlegende Unterschied zwischen dem vorgeschlagenen Artikel 45bis und anderen Verfassungsbestimmungen. Dazu kommt, dass der neue Artikel im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kompetenznormen auf eine Gruppe von Menschen und nicht auf eine bestimmte Sachfrage zugeschnitten ist. Er muss die Grundlage zur Gesetzgebung auf den verschiedensten Rechtsgebieten abgeben. Schliesslich ist auch das Völkerrecht zu berücksichtigen. Es wäre falsch zu behaupten, dass unser Landesrecht, das Recht des Wohnsitzstaates und das Völkerrecht — das sind die drei für die Auslandschweizer massgebenden Rechtsordnungen — alle Probleme widerspruchlos aus der Welt schaffen.

Der uns heute vorliegende Entwurf erwähnt ausdrücklich, ohne abschliessend sein zu wollen, drei Gebiete, auf denen besonders soll legiferiert werden können: Wehrpflicht, politische Rechte, Fürsorge. Es gilt, die Rechte und Pflichten der Auslandschweizer auf diesen drei Gebieten in ein möglichst harmonisches Gleichgewicht zu bringen. Dass dies bisher immer der Fall gewesen wäre, kann man nicht ohne weiteres behaupten. Als Beispiel erwähnte Herr Fürsprecher Jaccard in der Kommission den Fall eines Schweizer Bürgers in der Tschechoslowakei, der sich wegen seiner prekären finanziellen Lage weigerte, den Militärpflichtersatz zu bezahlen. Durch verschiedene Massnahmen seines Heimatkantons wurde er so unter Druck gesetzt, dass er schliesslich zahlte. Massgebend war für den Heimatkanton der Gedanke, dass es sich um einen Schweizer Bürger handle. Als der Mann aber einige Zeit darauf fürsorgebedürftig wurde, weigerte sich der gleiche Heimatkanton (aber eine andere Direktion!) ihn zu unterstützen, weil die Amtsstelle der Auffassung war, Schweizer sei er nur noch der Form nach. Es wird nicht immer leicht sein, Lösungen zu schaffen, welche die Interessen der Eidgenossenschaft gebührend berücksichtigen, gleichzeitig aber die Rechte und Pflichten unserer Mitbürger gesamthaft würdigen. Etwas vereinfachend ausgedrückt könnten wir sagen, dass weder die absolute Gleichbehandlung von Inlandschweizern und Auslandschweizern sich verwirklichen lässt, noch darf man eine extreme Haltung einnehmen, die etwa sagen würde, der Auslandschweizer sei, weil er jenseits unserer Landesgrenzen wohnt, von vorneherein nicht wie ein Inlandschweizer zu behandeln. Es geht darum, einen vernünftigen Ausgleich zu finden. Im Vorverfahren ist von der Neuen Helvetischen Gesellschaft und der Auslandschweizer-Kommission angeregt worden, auch ausdrückliche Bestimmungen über die Unterstützung der Selbsthilfswerke über den diplomatischen Schutz und die Wahrung von Interessen und Wiedergutmachungsansprüchen gegenüber ausländischen Staaten und über die Hilfeleistungen an in Not geratene Auslandschweizer aufzustellen. Dieses Begehren wurde am Auslandschweizertag 1962 in Sitten fallengelassen, weil die Verwirklichung solcher Massnahmen bereits im Rahmen einer allgemeinen Kompetenznorm möglich ist und die Sache späterer vertiefter Studien und zeitlicher wie sachlicher Anpassung an die Umstände und die weitere Entwicklung sein müssen. Unter der im Entwurf aufgeführten Formel «... die Beziehungen der Schweizer im

Ausland unter sich und zur Heimat zu fördern, sowie den diesem Ziel dienenden Institutionen beizustehen» lassen sich alle wesentlichen Regelungen und Massnahmen zugunsten der Auslandschweizer treffen. Insbesondere ist damit auch in genügend allgemeiner Weise die verfassungsmässige Grundlage für Massnahmen gegeben, mit denen der Bund die konkreten, auf Zusammenschluss, Festigung und Wahrung der Verbindung mit der Heimat gerichteten Bestrebungen, namentlich auch die Selbsthilfewerke, unterstützen kann.

Es geht wie gesagt darum, einen vernünftigen Ausgleich zu finden; es ist auch damit zu rechnen, dass in Zukunft möglicherweise noch viele, heute noch unbekannte Fragen sich stellen werden. Gerade deshalb soll die Aufzählung der Materien im Verfassungsartikel nicht abschliessend sein. Es soll dem Gesetzgeber die Möglichkeit eingeräumt werden, auf die verschiedenartigsten Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Der gegenwärtige Zustand führt zu Verfassungsritzungen. Es ist deshalb gut, wenn wir aus diesem Zustand herauskommen. Die Vorlage bezweckt nicht nur, den Auslandschweizern eine Genugtuung zu verschaffen. Es ist die Achtung vor der Verfassung, die den Erlass eines Artikels 45bis notwendig macht.

Die eingehenden Vorarbeiten, die zum Entwurf zu einem Artikel 45bis BV geführt haben, bezogen sich sodann unter anderem auch auf die Frage, ob der Verfassungsartikel in eine imperative Form gekleidet werden sollte oder nicht. Das Problem hat Anlass zu verschiedenen Erörterungen gegeben. In Auslandschweizer-Kreisen selbst ist die Frage umstritten. Während die einen von einer möglichst imperativen Form sich Vorteile erhoffen, namentlich im Hinblick auf die Ausführungsgesetzgebung, machen die anderen geltend, dass die Eidgenossenschaft alles vermeiden muss, was unsere Mitbürger in eine schiefe Stellung zum Wohnsitzland bringen könnte.

Die Kommission des Ständerates, welche die Vorlage beriet, hat sich ebenfalls mit dieser Frage befasst. Sie ist zum Schluss gekommen, dass der bundesrätlichen Lösung der Vorzug zu geben ist. Die Gründe, die für die Kommission massgebend waren, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die vielen Kompetenzbestimmungen, welche unsere Verfassung heute schon enthält, sind zum Teil in eine imperative Form gekleidet; zum Teil gewähren sie dem Gesetzgeber lediglich die Ermächtigung, auf einem bestimmten Gebiet legislatorisch tätig zu sein. Die imperativen Normen sind aber etwas weniger häufig. Zahlreicher sind die Wendungen, die etwa den Wortlaut enthalten «der Bund kann...» oder «der Bund ist befugt...». Man muss sogar feststellen, dass es Bestimmungen imperativen Charakters gibt, deren Vollzug lange auf sich warten liess. Ein Beispiel dieser Art ist Artikel 34quater, der die Alters- und Hinterlassenenversicherung zum Gegenstand hat. Die Ausführungsgesetzgebung kam bekanntlich mehr als zwanzig Jahre später zustande. Die Bundesgesetzgebung über das Doppelbesteuerungsverbot ist trotz dem klaren, imperativen Wortlaut von Artikel 46 der BV nie erlassen worden. Ähnliches lässt sich sagen von Artikel 47. Darnach wird ein Bundesgesetz den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt bestimmen. Ein solches Gesetz ist aber bis heute nie erlassen worden. Diese Beispiele zeigen, dass auch eine imperative Form keine absolute Garantie für den Erlass der vorgesehenen Gesetzgebung bedeutet.

Der vorgeschlagene Artikel 45bis unterscheidet sich von den zahlreichen anderen Kompetenznormen der Verfassung dadurch, dass seine Auswirkungen sich nicht in der Schweiz, sondern im Ausland bemerkbar machen werden. Auf dem Gebiete der Auslandschweizer-Politik ist der Bund nicht frei zu legiferieren, wie er will. Er muss auf das Völkerrecht Rücksicht nehmen, ferner auf die Tatsache, dass dem Vollzug dieser Gesetzgebung natürliche Schranken gesetzt sind. Eine Kompetenznorm kann noch so imperativ formuliert sein, sie wird nichts nützen, wenn die tatsächlichen Verhältnisse den Vollzug der Bundesgesetzgebung im Ausland verunmöglichen. Auf die Verhältnisse jenseits unserer Grenzen werden wir, nicht zuletzt im Interesse der Auslandschweizer selbst, immer Rücksicht nehmen müssen.

Es ist somit besser, wenn die eidgenössischen Räte eine Formulierung wählen, die genau das in Aussicht stellt, was sich verwirklichen lässt. Eine Bestimmung, die darüber hinaus ginge, würde nur falsche Hoffnungen wecken und zu Enttäuschungen führen. Das Parlament muss Verfassungsbestimmungen besonders sorgfältig redigieren und Formulierungen wählen, die sich mit der Wirklichkeit in Einklang bringen lassen. Wenn die eidgenössischen Räte in diesem Sinne entscheiden, dann befinden sie sich auch in Übereinstimmung mit den meisten Kantonen, Parteien und Wirtschaftsverbänden, die anlässlich des vom Bundesrat durchgeführten Vernehmlassungsverfahrens eine imperative Form abgelehnt haben.

Im übrigen darf darauf hingewiesen werden, dass die Frage in Auslandschweizer-Kreisen nicht allzu hohe Wellen geworfen hat. Ob der Verfassungsartikel eine Kann-Vorschrift oder eine imperative Norm sein wird, beschäftigt unsere Mitbürger nicht stark. Für sie besteht die Hauptsache darin, dass eine Verfassungsbestimmung geschaffen wird, welche ein taugliches Instrument für die Gestaltung der Ausführungsgesetzgebung darstellt. Der vorgeschlagene Artikel 45bis der Bundesverfassung stellt ein solches Instrument ohne Zweifel dar. Im Endergebnis kommt es darauf an, dass Bundesrat und Parlament die Ausführungsgesetzgebung im aufbauenden Sinne vorbereiten. Dass der gute Wille sowohl bei der Legislative wie bei der Exekutive besteht, eine derartige Gesetzgebung soweit nötig zu schaffen, darf hier ausdrücklich festgestellt werden.

Soviel zum Verfassungsartikel. Mit seiner Verwirklichung beschreitet die Schweiz einen eigenen Weg — soweit sich Verfassungen verschiedener Länder überhaupt vergleichen lassen. Er schafft eine brauchbare Verfassungsgrundlage zu einer verstärkten, zielbewussten und zusammenhängenden Auslandschweizer-Politik des Bundes. Es wird Sache der Bundesversammlung sein, nach der Zustimmung von Volk und Ständen zum neuen Verfassungsartikel die einzelnen Ausführungsgesetze zu erlassen, welche dann die einzelnen Fragen ordnen, von denen zurzeit das Unterstützungswesen, die Erfüllung der Wehrpflicht und die Ausübung politischer Rechte im Vordergrund stehen. Dass vor ihrer Festlegung auch die Kantone angehört werden sollen, erscheint besonders wichtig im Hinblick auf die Regelung der Fragen des Armenrechtes und der politischen Rechte. Bezüglich des Unterstützungswesens scheint sich eine gesamteidgenössische Ordnung für die Hilfe an bedürftige Auslandschweizer aufzudrängen, welche einer in der Fremde wenig verständlichen und auch nicht gerechtfertigten unterschiedlichen Behandlung von Fürsorgestellen je nach

Heimatkanton oder gar nach Heimatgemeinde ein Ende setzt. Ob und wie weit einmal den Schweizern im Ausland politische Rechte in der Heimat eingeräumt werden können, steht zurzeit noch offen. Es geht hier auch um Fragen völkerrechtlicher Natur. Es wird sich — und darauf hat sich in letzter Zeit die Diskussion konzentriert — voraussichtlich darum handeln, die Beteiligung der Auslandschweizer an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen dann zuzulassen, wenn sie sich in der Schweiz aufhalten, sei es als Grenzgänger, im Militärdienst oder aus andern Gründen. Für heute geht es jedoch nicht um solche, zum Teil sehr knifflige Fragen, sondern um die staatsrechtliche Anerkennung der Tatsache, dass es zu den Obliegenheiten der Eidgenossenschaft gehört, die Beziehungen mit den Mitbürgern zu ordnen und zu pflegen. Dies ist ein Gebot der Solidarität gegenüber den Auslandschweizern, denen unser Land so viel verdankt.

Es ist mir ein Bedürfnis, Herrn Bundesrat Wahlen für das speditive und sorgfältige Vorbereitung des neuen Auslandschweizer-Artikels der Bundesverfassung besondere Worte des Dankes beizufügen. Ich glaube sagen zu dürfen, dass Herr Bundesrat Wahlen mit der von ihm zum Abschied seines magistralen Wirkens heute hier eingeleiteten Verankerung der «Fünften Schweiz» in der Bundesverfassung sich ein ganz besonderes Verdienst und die Dankbarkeit, vorab der Auslandschweizer, gesichert hat. Ich möchte wünschen, dass das Schweizervolk — ähnlich wie 1938 bei der Abstimmung über die Anerkennung des Romanischen als Nationalsprache — in einer einmütigen Solidaritätskundgebung dem Auslandschweizer-Artikel und damit der «offiziellen Anerkennung» der «Fünften Schweiz» durch die Verfassung zustimmen werde. Es würde damit auch das Wirken des scheidenden Chefs des Eidgenössischen Politischen Departementes ehren.

Ich beantrage Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
Le Conseil passe sans opposition à la discussion  
des articles*

*Artikelweise Beratung — Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté*

*Abschnitt I, Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Chapitre I, préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 45bis*

**Antrag der Kommission**

*Abs. 1*

Der Bund ist befugt, die Beziehungen der Schweizer im Ausland unter sich und zur Heimat zu fördern sowie den Institutionen beizustehen, welche diesem Ziel dienen.

*Abs. 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Art. 45bis*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

(La modification ne concerne que le texte allemand.)

**Dietschi, Berichterstatter:** Hier haben wir nur eine redaktionelle Aenderung vorzuschlagen. Der Germanist in unserer Kommission, Herr Bächtold, hat eine etwas feinere Formulierung ausgearbeitet, wie Sie sie hier vorfinden. Ich beantrage Ihnen, dieser Fassung zuzustimmen.

*Angenommen — Adopté*

*Abschnitt II*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Chapitre II*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté*

*GesamtAbstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes 32 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1965
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.12.1965
Date	
Data	
Seite	168-171
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 307

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

schrieben: Bei der Interessenabwägung (Verkehrsbedürfnisse, Wirtschaftsbedürfnisse und die allgemeinen Bedürfnisse des Natur- und Heimatschutzes) handelt es sich um inkommensurable Werte; darum ist die Interessenabwägung für die zuständige Behörde ausserordentlich schwierig. Das möchte ich nicht bestreiten, aber es geht um eine Interessenabwägung, und nicht um die Verhinderung irgendwelcher Bedürfnisse. Ich weise besonders auf Artikel 6 des Gesetzesentwurfes hin, der von den Objekten nationaler Bedeutung spricht. Auch dort, wo es sich um Objekte nationaler Bedeutung handelt, ist ein Abweichen von der ungeschmälernten Erhaltung möglich, wenn bestimmte gleich- oder höherwertige Interessen von ebenfalls nationaler Bedeutung vorliegen. Also auch bei gleichwertigen Interessen, nicht nur bei höherwertigen Interessen, ist ein Abweichen möglich. Die Beurteilung — was ist ein gleichwertiges, was ist ein höherwertiges Interesse — ist eine ausserordentlich schwierige Angelegenheit. Aber ich hoffe, dass die Praxis hier den richtigen Weg finden werde, der sich zum Nutzen unseres Landes auswirken wird.

In bezug auf die Frage der Rekursberechtigung, die Herr Ständerat Choisy auch aufgeworfen hat, ist zu sagen, dass alle Beteiligten Rekurse erheben können, und selbstverständlich gehört im Rahmen der Schifffahrt nicht nur der direkte Anlieger, sondern auch der Oberlieger — also der am Fluss oben liegende Kanton — zu den Interessierten, denn er ist zweifellos ganz unmittelbar an einem solchen Verkehrsweg interessiert. Wir sind der Auffassung, dass die Rekursberechtigung weitgehend gehandhabt werden soll. Wir haben sie aus Ueberzeugung den schweizerischen Verbänden des Natur- und Heimatschutzes zugesprochen und stellen entsprechenden Antrag, aber natürlich sind auch diejenigen, die gegenteilige Interessen vertreten, nicht vom Rekursweg abgeschnitten. Der Entscheid liegt ja nicht bei demjenigen, der den Rekurs einreicht, sondern bei den Behörden, und deshalb glaube ich, wird man nicht in bezug auf die Rekursberechtigung eine engherzige Praxis anwenden müssen.

Herr Ständerat Clavadetscher hat zum Schluss ein besonders schweres Problem aufgeworfen, das kaum und Rahmen der heutigen Debatte gelöst werden kann und auch durch dieses Gesetz nicht direkt beeinflusst wird, weil es mehr in den Rahmen der Orts-, Regional- und Landesplanung gehört als in den Rahmen des Natur- und Heimatschutzes im engeren Sinne. Die Frage der Orts-, Regional- und Landesplanung wird Ihren Rat noch sehr intensiv beschäftigen. Auch vom Standpunkt des Natur- und Heimatschutzes ist die Orts-, Regional- und Landesplanung völlig unerlässlich, sonst bleibt nämlich der Natur- und Heimatschutz, wenn er auch — wie Herr Ständerat Bächtold mit Recht angeführt hat — nicht mehr auf enge einzelne Punkte beschränkt ist, bleibt er auf verhältnismässig enge Gebiete beschränkt. Den Gesamtzusammenhang kann nur die Orts-, Regional- und Landesplanung bringen. In diesem Zusammenhang werden wir selbstverständlich vor allem auch das Problem der Entschädigung lösen müssen. Der Grundsatz der Entschädigung ist absolut unbestritten, in welchem Ausmass diese Entschädigung auszurichten ist. Als Antwort auf die Frage von Herrn Ständerat Clavadetscher kann ich auf die Auffassung von Herrn Ständerat Graf hinweisen. Wenn die Meinung von Herrn Ständerat Graf zutreffend ist, dann kommt man, wie man in Basel sagt, verhältnismässig billig von der

Chilbi; wenn sich die Auffassung von Herrn Ständerat Clavadetscher in vollem Umfange durchsetzen sollte, dann können tatsächlich der Natur- und Heimatschutz und insbesondere die Landesplanung für die Staatskasse und für den Steuerzahler eine unerhört belastende Aufgabe werden. Es geht auch hier um eine Interessenabwägung, die nicht leicht zu treffen ist. In unserem Rechtsstaate liegt im Rahmen der Gesetzesbestimmungen der Entscheid bei den Gerichten.

Ich möchte Ihnen meinerseits beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen und möchte nochmals für die sehr wohlwollende Aufnahme danken.

*Das Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
Le Conseil passe sans opposition à la discussion  
des articles*

*Hier wird die Beratung abgebrochen  
Ici, le débat est interrompu*

---

## 9287. Auslandschweizer. Verfassungsartikel Suisse à l'étranger. Article constitutionnel

Siehe Jahrgang 1965, Seite 168 — Voir année 1965, page 168

Beschluss des Nationalrates vom 8. März 1966

Décision du Conseil national du 8 mars 1966

—  
*Differenzen — Divergences*

*Titel und Art. 45bis*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates für den deutschen Wortlaut, Festhalten für den französischen Wortlaut.

*Titre et art. 45bis*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national pour le texte allemand, maintenir la décision pour le texte français.

**Dietschi, Berichterstatter:** Ich brauche Sie nur kurze Zeit in Anspruch zu nehmen. Nach den Beratungen im Nationalrat haben sich zwei Differenzen ergeben. Sie sind beide nicht von entscheidender Bedeutung. Der Nationalrat hat beschlossen, den Ausdruck «Schweizer im Ausland» durch «Auslandschweizer» zu ersetzen. Zwei Gründe für diese andere Benennung sind angeführt worden. Es wird darauf hingewiesen, dass das Wort «Auslandschweizer» einen Begriff bedeutet und immer verwendet wird. Auch die Neue Helvetische Gesellschaft spricht von Auslandschweizern und hat denn auch diesen Namen ihrem Sekretariat gegeben, dem Sekretariat für Auslandschweizerfragen. Sodann wurde gesagt, dass unter dem Begriff «Schweizer im Ausland» auch Schweizer fallen würden, die im Ausland in den Ferien weilen. Das sind aber keine Auslandschweizer.

Unsere Kommission hat mehrheitlich beschlossen, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen und im Ingress sowie im Artikel 45bis, Absätze 1 und 2, die Worte «Schweizer im Ausland» durch «Auslandschweizer» zu ersetzen.

Nicht verständlich ist, dass im Nationalrat im französischen Text umgekehrt verfahren wird. Dort hat man den Ausdruck «Suisse à l'étranger», der doch dem Begriff «Auslandschweizer» entspricht, abgeändert in «Suisse résidant à l'étranger». Der Nationalrat machte also im französischen Text das Gegenteil von dem, was er bei der Aenderung des deutschen Textes vorgenommen hat. Unsere Kommission beantragt Ihnen, an der alten Fassung «Suisse à l'étranger» festzuhalten.

Noch eine Bemerkung zu der Aenderung des Nationalrates in der letzten Zeile von Absatz 2, alte Fassung: «Die Kantone sind vorgängig anzuhören.» Das Wort «vorgängig» ist beanstandet worden. Deshalb ist eine neue Formulierung gefunden worden: «Vor dem Erlass dieser Bestimmungen sind die Kantone anzuhören.» Ich möchte Ihnen im Namen unserer Kommission beantragen, dieser Aenderung zuzustimmen.

**Präsident:** Es werden keine Gegenanträge gestellt, Sie haben sich somit den Anträgen des Herrn Kommissionspräsidenten angeschlossen.

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**Vormittagssitzung vom 10. März 1966**

**Séance du 10 mars 1966, matin**

Vorsitz — Présidence: Herr *Auf der Maur*

**9325. Teuerungsbekämpfung.  
Verlängerung des Kreditbeschlusses**

**Lutte contre le renchérissement.  
Prorogation de l'arrêté  
dans le domaine du crédit**

Siehe Jahrgang 1965, Seite 206 — Voir année 1965, page 206

Beschluss des Nationalrates vom 9. März 1966

Décision du Conseil national du 9 mars 1966

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	29 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**Nachmittagssitzung vom 14. März 1966**

**Séance du 14 mars 1966, après-midi**

Vorsitz — Présidence: Herr *Auf der Maur*

**9357. Natur- und Heimatschutz.  
Bundesgesetz**

**Protection de la nature et du paysage.  
Loi**

Siehe Seite 5 hiervor — Voir page 5 ci-devant

*Fortsetzung — Suite*

*Artikelweise Beratung — Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

**Heer, Berichterstatter:** Zum Titel: Nachdem Artikel 24sexies ausdrücklich von Natur- und Heimatschutz spricht, erscheint es als gegeben, das Ausführungsgesetz als Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz zu bezeichnen. Auch in der französischen Fassung ist als Titel «La loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage» gewählt. Da sich die beiden Begriffe aber nicht ganz decken, wird es bei der Anwendung des Gesetzes notwendig sein, den Sinn des Heimatschutzes, wie er im deutschen Sprachgebrauch üblich ist, zugrunde zu legen. Sonst keine Bemerkungen zum Titel.

*Angenommen — Adopté*

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1966
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.03.1966
Date	
Data	
Seite	13-14
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 385

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

den Bundesbeschluss, wie das der Nationalrat als Prioritätsrat bereits getan hat, zustimmen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil passe sans opposition à la discussion des articles*

*Artikelweise Beratung — Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 1 und 2*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Article premier et 2*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adopté*

*Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes: 31 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**9372. Militärversicherung.  
Anpassung der Renten an die Teuerung  
Assurance militaire.  
Adaptation des rentes au renchérissement**

Siehe Seite 1 hiervor — Voir page 1 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 16. März 1966

Décision du Conseil national du 16 mars 1966

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlusentwurfes 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**9300. Schuldenkonsolidierungsabkommen  
Consolidation de dettes. Accords**

Siehe Seite 28 hiervor — Voir page 28 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. März 1966

Décision du Conseil national du 17 mars 1966

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlusentwurfes 29 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat — Au Conseil fédéral*

**Vormittagssitzung vom 22. März 1966  
Séance du 22 mars 1966, matin**

Vorsitz — Présidence: Herr *Auf der Maur*

**9287. Auslandschweizer.  
Verfassungsartikel  
Suisses à l'étranger.  
Article constitutionnel**

Siehe Seite 13 hiervor — Voir page 13 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. März 1966

Décision du Conseil national du 17 mars 1966

*Differenzen — Divergences*

*Art. 45bis*

**Antrag der Kommission**

(Betrifft nur den französischen Wortlaut.)

*Art. 45bis*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

**Dietschi**, Berichterstatter: Es besteht immer noch eine Differenz, und zwar bezieht sie sich nur auf den französischen Text. Sie erinnern sich, dass in Artikel 45bis der Bundesrat im deutschen Text die Formulierung «Schweizer im Ausland» vorschlug. Der Nationalrat nahm dann die Abänderung in «Auslandschweizer» vor. Wir sind bei der französischen Fassung dem Bundesrat mit der Formulierung «Suisses à l'étranger» gefolgt, während der Nationalrat beschlossen hat «Suisses résidentent à l'étranger». Nun hat der Nationalrat an der Fassung festgehalten «Suisses résidentent à l'étranger». Ich glaube, es wird richtig sein, jetzt dem Nationalrat zuzustimmen, aber mit dem Ersuchen, dass die Redaktionskommission diese Frage noch abklärt. Es muss festgestellt werden, dass die französisch sprechenden Parlamentarier selber nicht einig sind, und da ist es für uns sehr schwer zu entscheiden, welcher Ausdruck der rich-



tige ist. Es kommt dann noch dazu, dass auch bei der italienischen Formulierung Differenzen bestehen. Wir haben mit Herrn Bundesrat Spühler und mit Herrn Fürsprecher Jaccoud vereinbart, dass eine Redaktionskommission diese Fragen genau abklären soll. So möchte ich Ihnen beantragen, dass wir dem Nationalrat zustimmen, aber dass die Redaktionskommission die genaue Formulierung festlegt.

*Angenommen — Adopté*

## 9194. Ausbau der Verwaltungskontrolle Extension du contrôle parlementaire

Bericht der Geschäftsprüfungskommission  
des Nationalrates vom 13. April 1965 (BBI I, 1177)

Bericht des Bundesrates vom 27. August 1965  
(BBI II, 1025)

Bericht und Anträge der Geschäftsprüfungskommission  
des Ständerates vom 12. Februar 1966 (BBI I, 213)

Rapport de la commission de gestion du Conseil national  
du 13 avril 1965 (FF I, 1215)

Rapport du Conseil fédéral du 27 août 1965 (FF II, 1048)

Rapport et propositions de la commission de gestion  
du Conseil des Etats du 12 février 1966 (FF I, 221)

Beschluss des Nationalrates vom 11. Oktober 1965  
Décision du Conseil national du 11 octobre 1965

**Antrag der Kommission**  
Eintreten.

**Proposition de la commission**  
Passer à la discussion des articles.

*Berichterstattung — Rapport général*

**Dietschi**, Berichterstatter: Das Parlament stellte sich als Folge der Mirage-Affäre unzweifelhaft eine der heikelsten und schwierigsten Aufgaben, als es sich entschloss, Massnahmen in Aussicht zu nehmen, um seine Tätigkeit wirksamer zu gestalten und seine Entscheidungsfreiheit zu sichern oder zu festigen. Unter der einengenden Bezeichnung «Ausbau der Verwaltungskontrolle» in die breite Öffentlichkeit gedrungen, wurden diese Massnahmen damals, in einiger Eile zwar, aber eben im Bestreben, die Eisen noch zu schmieden, solange sie frisch aus der Esse kommen, von der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates in juristische Formeln umgegossen und schon ein Jahr nach dem grundsätzlichen Entschluss vom Plenum des Nationalrates verabschiedet.

Heute ist die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, der Sie am 7. Oktober 1964 den Auftrag erteilten, «dem Rate im Sinne des Berichtes der Arbeitsgemeinschaft Mirage vom 1. September 1964 über den Ausbau der parlamentarischen Kontrolle der Verwal-

tung Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen und sich zu diesem Zwecke mit der Geschäftsprüfungskommission des andern Rates sowie mit den Finanzkommissionen ins Benehmen zu setzen», in der Lage, Ihnen das Resultat der Kommissionsarbeit vorzulegen. Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Mühe gescheut, den ganzen Fragenkomplex sorgfältig zu durchdenken und sich über die Grundsatzfragen Klarheit zu verschaffen. Zwar verzichtete die Kommission ihrer Ueberzeugung gemäss darauf, auch noch Massnahmen auszuarbeiten, um die Tätigkeit des Parlamentes im gesamten Gesetzgebungsverfahren zu verstärken und die Verwaltungskontrolle rationeller und wirksamer zu gestalten, weil eine solche Ausweitung eine — wenigstens politisch — nicht zweckdienliche Verzögerung hätte zur Folge haben müssen. Aber dafür nahm sie einige grundsätzliche Wertungen und Grenzziehungen vor.

Ich darf hier doch daran erinnern, dass sich die Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte schon seit Jahren mit der Verbesserung der Geschäftsprüfung befassten. Unsere Kommission legt vor allem Wert darauf, neben der Abklärung von Fragen aus dem Geschäftsbericht jedes Jahr eine Anzahl anderer Dienststellen der Verwaltung zu besuchen und sich in Aussprachen mit den leitenden Chefbeamten und deren Mitarbeiter ein Bild über die Aufgabe, die Zweckmässigkeit der Organisation, die Zusammenarbeit mit andern Dienststellen, die Speditivität und das Arbeitsklima zu verschaffen.

Wie die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission haben auch wir die in der Oeffentlichkeit gemachten Vorschläge für den Ausbau der parlamentarischen Kontrolle verfolgt und dazu Stellung genommen, so insbesondere zur Studie von Prof. Hans Marti über die Schaffung des Amtes von Parlamentskommissären oder Delegierten. Es fand darüber auch ein Gedankenaustausch mit dem Bundesrat statt. Im Rahmen unseres Auftrages und unserer Stellungnahme ist hier nicht weiter darauf einzutreten.

Wir haben auch die Stellungnahme des Bundesrates zu verschiedenen der Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle dienenden Lösungen veranlasst, unter denen wir hier besonders diejenige der Schaffung von ständigen Sekretären der Geschäftsprüfungskommissionen erwähnen möchten. Wiederholt wiesen wir auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Weiterbildung der Beamten und insbesondere die Kadenschulung hin und machten entsprechende Anregungen. Der Bundesrat hat am 13. Dezember 1965 einen ersten Schritt getan in dieser Richtung, und zwar in bezug auf die dienstliche Ausbildung in der allgemeinen Bundesverwaltung. Als ein Beispiel wäre zu erwähnen, dass im Herbst 1964 ein 3½tägiges verwaltungsrechtliches Kolloquium für hohe juristische Beamte unter Leitung der Professoren Huber, Imboden, Nef und Bundesrichter Grisel durchgeführt wurde. Dieses nahm, wie uns berichtet wird, einen sehr guten Verlauf und soll alle zwei Jahre wiederholt werden. Wir halten dafür, dass neben anderem vor allem eine Einführung in die Amtspflichten und die Probleme der interdepartementalen Zusammenarbeit ein Ausbildungsstoff wäre für Beamte, die von auswärts in die Bundesverwaltung zuziehen; insbesondere denken wir an Instruktionsoffiziere, die ihre Laufbahn im Eidgenössischen Militärdepartement beschliessen.

Mit diesen Ausführungen soll nur gezeigt werden, wie schon aus blossen Kontaktnahmen mit der Verwal-

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1966
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.03.1966
Date	
Data	
Seite	55-56
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 396

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

tololle. Der Absatz 3 normiert die regelmässige Protokollführung in den ständigen Kommissionen und gibt den Kommissionspräsidenten das Recht, bei der Bezeichnung der Sekretäre und Protokollführer mitzureden.

*Angenommen — Adopté*

**Präsident:** Die Beschlussfassung über Artikel 46, Absatz 1, und die Gesamtabstimmung erfolgen morgen.

*Abstimmung — Vote*

Für den Antrag der Kommission	18 Stimmen
Für den Antrag Guntern	13 Stimmen

*Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Reglementsentwurfes	31 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**Vormittagssitzung vom 25. März 1966**

**Séance du 25 mars 1966, matin**

Vorsitz — Présidence: Herr *Auf der Maur*

**9194. Ausbau der Verwaltungskontrolle  
Extension du contrôle parlementaire**

Siehe Seite 132 hiervor — Voir page 132 ci-devant

*Fortsetzung — Suite*

*Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzesentwurfes	30 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**Beschluss des Ständerates betreffend Aenderung  
des Geschäftsreglementes des Ständerates**

**Arrêté du Conseil des Etats modifiant  
le règlement du Conseil des Etats**

**Präsident:** Hier haben wir noch über Artikel 46, Absatz 1, Ziffer 6, abzustimmen; es geht dabei um die Frage, ob unsere frühere Zolltarifkommission in Zukunft — in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat — «Kommission für Aussenwirtschaft» oder, wie wir das vor einiger Zeit beschlossen hatten «Kommission für Aussenwirtschaft und Zolltarif» heissen solle.

Der Präsident der Kommission für Aussenwirtschaft und Zolltarif des Ständerates, Herr Kollege Guntern, hat beantragt, es beim bisherigen Namen bleiben zu lassen, während unser Vizepräsident, Herr Kollege Rohner, beantragte, zur Bezeichnung «Kommission für Aussenwirtschaft» überzugehen, in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat.

**9287. Auslandschweizer. Verfassungsartikel  
Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

Siehe Seite 55 hiervor — Voir page 55 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 17. März 1966  
Décision du Conseil national du 17 mars 1966

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	33 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**9370. Friedliche Verwendung  
der Atomenergie.  
Abkommen mit den USA**

**Utilisation pacifique de l'énergie atomique.  
Accord avec les Etats-Unis**

Siehe Seite 53 hiervor — Voir page 53 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 25. März 1966  
Décision du Conseil national du 25 mars 1966

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	33 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat — Au Conseil fédéral*

**Schluss des amtlichen Bulletins der Frühjahrssession 1966**

*Fin du bulletin officiel de la session de printemps 1966*

## **Auslandschweizer. Verfassungsartikel**

### **Suisses à l'étranger. Article constitutionnel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1966
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9287
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.03.1966
Date	
Data	
Seite	134-134
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 403

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.